



Europäische Union
Regionalpolitik

panorama

inforegio

35

Herbst 2010



Verstärkte soziale Integration

Beitrag der Regionalpolitik

de

EDITORIAL

Dirk Ahner

ÜBERBLICK

Verstärkte soziale Integration: eine regionale Perspektive

3

4-6

INTERVIEW

Karima Delli – Fintan Farrell – Paul Bevan

7-9

EUROPÄISCHES JAHR 2010

Soziale Integration, Kampf gegen die Armut

10

EUROPÄISCHER SOZIALFONDS

Kreislauf der Armut durchbrechen

11

AUSGRENZUNG UND STADTENTWICKLUNG

Soziale Integration und Kohäsionspolitik aus städtischer Perspektive

12-13

INTEGRATION UND ETHNISCHE MINDERHEITEN

Soziale Integration ethnischer Minderheiten am Beispiel der Roma
Regionalfonds unterstützen Zuwanderinnen bei der Existenzgründung

14-15

JASMINE UND PROGRESS

Neue EU-Instrumente zur Deckung der Kleinstkredit-Nachfrage

16

GESUNDHEITSVERSORGUNG UND SOZIALE INTEGRATION

Gute Gründe für gemeindenaher Pflege

17

AUS GANZ EUROPA

ACCES – Grenzüberschreitend in junge Menschen investieren
Computerkenntnisse – Fenster zur Zukunft
RobotDalen – intelligente Helfer für mehr Autonomie
Integration der Roma-Minderheit – Bewusstseinsänderung bewirken
Unterstützung für die Schwächsten in Ungarn

18-22

HINTER DEN KULISSEN

Änderungen beim EFRE – Bürokratie abbauen, Mittel freisetzen

23

IN UNSEREN PROJEKTEN

Grenzüberschreitende Projekte
Wettbewerbsfähige Gesundheitsdienste – Longlife

24-25

26-27

NETWORKING

Regionen für den wirtschaftlichen Wandel – Aufbau eines nachhaltigen Wachstums
Forum des Ausschusses der Regionen zum Thema Ausgrenzung

28

TERMINE – VERLEIHEN SIE IHRER STIMME GEHÖR

Fotos (Seiten):

Titelseite: © Europäische Kommission

Seiten: 2, 4, 6, 7, 9, 11, 14-15, 16, 17, 21, 23, 26 © Europäische Kommission

Seite 13: © iStockphoto

Seite 14: © Open Society Institute

Seite 18: © ACCES

Seite 19: © Olga Posaškova

Seite 20: © Inmotion Intelligence AB

Seite 22: © Levente Huszti (INFÜ), István Kopcsik (Institut für multikulturelle Pädagogik)

Seite 24: © Longlife – TU Berlin, TEK

Seite 25: © Pekka Fali

Seite 26: © Ausschuss der Regionen

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recyclingpapier in englischer, französischer und deutscher Sprache verfügbar.

Online-Fassungen in 21 Sprachen sind abrufbar unter: http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/panora_de.htm.

Die Beiträge in dieser Veröffentlichung geben die Ansichten der Verfasser und nicht notwendigerweise die Meinung der Europäischen Kommission wider.



Die Zukunft unseres Europas – als wettbewerbsfähiger Akteur auf dem Weltmarkt, als ein Ort, wo es sich gut leben, arbeiten und den Ruhestand genießen lässt, als ein bis nach Brasilien nachgeahmtes Sozialmodell – hängt davon ab, ob wir es schaffen, jedem unserer Bürger zu ermöglichen, ein aktives, geachtetes und vollwertiges Mitglied unserer Gesellschaft zu sein. 2010 – das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung – zeigt auf, dass sich nachhaltiges Wirtschaftswachstum, mehr und bessere Arbeitsplätze sowie sozialer Zusammenhalt ohne den Aufbau eines stärker auf Integration ausgerichteten Europas einfach nicht erreichen lassen.

Die Erreichung dieser Ziele wird durch Maßnahmen im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik mithilfe von Finanzierungsinstrumenten wie dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) unterstützt. Diese zwei Schlüsselinstrumente fördern verschiedene Programme, die von der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, die strukturschwachen Gebieten neue Möglichkeiten eröffnet, bis zur Förderung von lebenslangem Lernen reichen. Panorama stellt sechs Projekte aus allen Teilen Europas vor, die zeigen, wie EFRE-Mittel den Schutzbedürftigen in unserer Gesellschaft dabei helfen, der Gefahr der sozialen Ausgrenzung entgegenzuwirken.

Welche Rolle spielt die Kohäsionspolitik bei der Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung? Was wird unternommen, um städtische Problemgebiete wiederzubeleben? Wie flexibel sind die bestehenden Verordnungen angesichts eines Europas im Wandel. Neben der Erörterung dieser Fragen lassen wir auch drei Schlüsselfiguren aus dem Bereich der sozialen Integration zu Wort kommen und fragen sie, was ihrer Meinung nach auf der Prioritätenliste ganz oben stehen sollte.

Europa 2020 ist eine strategische Vision für Europa im 21. Jahrhundert. Sie zeigt auf, wie die EU gestärkt aus dieser Krise hervorgehen und in eine intelligente, nachhaltige und integrative Wirtschaft verwandelt werden kann, die sich durch ein hohes Beschäftigungs- und Produktivitätsniveau sowie einen ausgeprägten sozialen Zusammenhalt auszeichnet.

Der Kohäsionspolitik, die vor Ort bei den Menschen umgesetzt wird, fällt bei der Erreichung der Ziele der Strategie 2020 eine Schlüsselrolle zu. Sie stellt sicher, dass die von Ausgrenzung bedrohten Menschen nicht auf der Strecke bleiben. Der volle Nutzen einer umfassend partizipativen Gesellschaft wird primär in den Regionen spürbar.

Dirk Ahner

Generaldirektor für Regionalpolitik

VERSTÄRKTE SOZIALE INTEGRATION: EINE REGIONALE PERSPEKTIVE

2010 wurde von der EU zum Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erklärt. Diese Ausgabe von Panorama geht näher auf dieses Thema ein und untersucht auch, wie die im Rahmen der Regionalpolitik finanzierten Maßnahmen zur Erreichung der EU-Ziele einer integrativen und produktiven Gesellschaft beitragen.

Was soll in dem Jahr erreicht werden?

Eines der Hauptziele bezüglich dieses Jahresthemas ist die Bekräftigung des Engagements der EU zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, wie Klimawandel und Überalterung der EU-Bevölkerung, um nur zwei zu nennen, und der immer noch spürbaren Wirtschaftskrise kann sich Europa eine Gesellschaft, in der fähige und motivierte Menschen auf der Strecke bleiben, nicht leisten.

Das Jahr versteht sich als ein Weckruf, um Stereotypen aufzubrechen und den in Armut und sozialer Ausgrenzung lebenden Menschen eine Stimme zu verleihen. Gestützt auf die EU-Grundsätze von Partnerschaft und Solidarität soll 2010 die Ursachen der Armut direkt an der Wurzel packen und allen Mitbürgern ermöglichen, eine vollwertige und aktive Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen. Dabei sind auch Maßnahmen zur Verbesserung der Koordinierung zwischen den bestehenden Programmen und Initiativen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung vorgesehen.

Armutsminderung – Schlüssel im Kampf gegen Ausgrenzung

Das Niveau der regionalen Entwicklung innerhalb eines Landes schlägt sich deutlich in den Armutszahlen nieder. Die jüngsten Schätzungen der Einkommen mit Armutsrisiko zeigen, dass die kohäsionspolitischen Mittel vor allem in die Länder fließen, in denen die relative Armut am höchsten ist. Die Mittel kommen bei den Zielgruppen an.

Die Armutsminderung ist zwar nicht das Hauptziel der Kohäsionspolitik und sie strebt auch keine Umgestaltung der nationalen Sozialsysteme an, aber sie fördert gezielt Projekte, die die Entwicklung ankurbeln, Chancengleichheit fördern, die Lebensqualität verbessern und Beschäftigungsmöglichkeiten aufbauen, was jeweils zur Verringerung der Armutsgefährdungsquote beiträgt.

Beitrag der Regionalpolitik zur Erreichung der EU-Ziele

Die Regionalpolitik der Europäischen Union (EU) arbeitet daran, die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den Regionen abzubauen, um eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu fördern. Im Artikel 158 des EG-Vertrags heißt es, dass sich die

WER HAT DAS HÖCHSTE ARMUTSRISIKO?

Das höchste Armutsrisiko besteht u. a. für ältere Menschen, Groß- und Einelternfamilien, Kinder und junge Menschen, Behinderte, Angehörige ethnischer Minderheiten einschließlich der 10-12 Millionen starken Roma-Gemeinschaft. In all diesen Bevölkerungsgruppen sind Frauen stärker von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen als Männer.

Gemeinschaft zum „Ziel setzt, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete oder Inseln, einschließlich der ländlichen Gebiete, zu verringern“.

Diese Ziele sind angesichts der enormen Heterogenität der EU-Regionen hinsichtlich Größe, geografischer Lage, Einkommensniveau und politischer Bedeutung nicht einfach zu erreichen. Die EU-Erweiterung hat auch große Veränderungen mit sich gebracht – die Unterschiede zwischen den Regionen der derzeit 27 EU-Mitgliedstaaten sind jetzt doppelt so groß wie die zwischen den 15 EU-Mitgliedstaaten vor 2004.

Die aktuelle Praxis der Kohäsionspolitik, die Mittelzuweisungen vom Pro-Kopf-BIP abhängig zu machen, führt dazu, dass Regionen mit einem hohen Bevölkerungsanteil in absoluter Armut mehr Förderungen erhalten.

Einigen Ländern geht es scheinbar sehr gut, es gibt jedoch auch hier „Inseln“ mit entsprechend hoher Armutsgefährdung. In weniger entwickelten Ländern ist die Armut in der Hauptstadtregion meist geringer. In anderen Ländern weist die Hauptstadtregion oft höhere Armutsquoten auf, da die wohlhabenden Haushalte weggezogen sind.

Der Großteil der kohäsionspolitischen Mittel fließt in die weniger entwickelten Kohäsionsländer, die einen viel höheren Anteil an materiell benachteiligten Menschen haben (ein absolutes Armutsmaß, das als unfreiwilliger Mangel von mindestens drei von neun Gütern der Grundversorgung definiert wird).



Auch Ballungen von relativer Armut in den Konvergenzregionen besser entwickelter Länder sind ein Thema der Kohäsionspolitik. Höhere Beihilfen für Gebiete wie Wales im Vereinigten Königreich, Teile Walloniens in Belgien sowie Süditalien und -spanien zeigen, dass ein Teil der Mittel zur Armutsbekämpfung in diesen Regionen aufgewendet wird.

Im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ wird dieses Thema aus einem anderen Blickwinkel angegangen, überdurchschnittliche Arbeitslosenraten und ein niedriges Bildungsniveau gehen fast immer mit relativer und absoluter Armut einher.

EFRE und ESF – eine ideale Ergänzung

Man braucht Investitionen in die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur, damit Menschen aus benachteiligten Gebieten anderswo Weiterbildungsangebote und Jobchancen nutzen können. Mittel aus dem EFRE können einen wertvollen Beitrag dazu leisten, indem sie Maßnahmen unterstützen, die Menschen den Zugang zu solchen Möglichkeiten erleichtern.

Die Wirtschaftsförderung konzentriert sich auf kleine und mittlere Unternehmen und Neugründungen.

„Wir haben überzeugende Beweise, dass dank der Unterstützung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) die Investitionen in Unternehmen sowie die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zugenommen haben. In Thüringen zum Beispiel waren die FuE-Aufwendungen pro Arbeitnehmer in geförderten Unternehmen fast 2,5 Mal höher. Die Hebelwirkung ist eindeutig“, erklärt Dirk Ahner, Generaldirektor für Regionalpolitik.

EFRE-Investitionen tragen zu besseren Arbeitsplätzen und besserem Zugang zu Weiterbildung bei. Sie unterstützen:

- Arbeitsvermittlung auf lokaler Ebene, um Beschäftigungsmöglichkeiten für benachteiligte Menschen zu finden;
- die Modernisierung und Verbesserung lokaler Zentren für Weiterbildung/Lernen und den Ausbau digitaler Kompetenzen;
- sichere Verkehrsdrehkreuze zwischen Gebieten mit Bedarf und denen mit Jobchancen;

„ Den jüngsten Schätzungen zufolge... erreichen die Kohäsionsfördermittel ihre Ziele. “

Im Zeitraum von 2007 bis 2013 werden von der EU 347 Mrd. € bzw. 35,7 % der Gemeinschaftsmittel im Rahmen von kohäsionspolitischen Instrumenten investiert, um regionale Wachstumsprogramme zu fördern und Anreize zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu geben. Die Kohäsionspolitik trägt auf diese Weise dazu bei, Menschen aus der Armut zu führen.

- Investitionen in besseren Zugang zu IKT-Einrichtungen in den Gemeinden.

Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) werden zur dauerhaften Eingliederung benachteiligter und behinderter Personengruppen ins Erwerbsleben eingesetzt. Dazu zählen folgende Aktivitäten:

- Beratung und Weiterbildung, abgestimmt auf die besonderen Bedürfnisse benachteiligter und behinderter Menschen;
- Aufzeigen von Wegen zur Integration und beruflichen Eingliederung sowie Schaffung von Arbeitsplätzen für Benachteiligte und Behinderte in der Sozialwirtschaft;
- Förderung der unternehmerischen Initiative von Benachteiligten und Behinderten;
- Sensibilisierungskampagnen zur Bekämpfung von Diskriminierung, zum Abbau von Vorurteilen und zur Förderung der personellen Vielfalt am Arbeitsplatz.

EFRE passt sich an die Bedürfnisse an

Es geht jedoch nicht nur um Arbeitsplätze. Im Mai 2010 wurde der Anwendungsbereich des EFRE erweitert, um der Ausgrenzung benachteiligter Gemeinschaften in unzureichenden Wohnverhältnissen entgegenzuwirken. Diese Änderungen der Vorschriften sollen insbesondere den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt stärken. Die Förderfähigkeit wurde ausgeweitet und deckt jetzt die Renovierung und Umnutzung bestehender Gebäude im Eigentum staatlicher Stellen oder gemeinnütziger Unternehmungen als Wohnraum für Haushalte mit niedrigem Einkommen oder für Menschen mit besonderen Bedürfnissen ab. Begrenzte Vorhaben für den Ersatz bestehender Häuser, unter anderem durch neu erbaute Häuser, sollten ebenfalls als förderfähig erachtet werden.

Gibt es Erfolge?

Der EFRE und der Kohäsionsfonds dienen in erster Linie dazu, die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen und Mitgliedstaaten zu fördern. Die Ankurbelung der Wirtschaftstätigkeit zur Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen ist sozusagen der Königsweg zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung.

Jüngste Studien belegen, dass die Fonds erfolgreich zu Wachstum und Beschäftigung beigetragen haben. Zwei makroökonomische Modelle kommen unabhängig voneinander zu dem Schluss, das die Fonds im Zeitraum zwischen 2000 und 2008 das Wirtschaftswachstum, insbesondere in den Konvergenzregionen, sehr positiv beeinflusst haben. Die Mitgliedstaaten berichten über die Schaffung von ca. 1 Million Arbeitsplätzen dank Unternehmensförderung im Zeitraum 2000-2006.

Ein erheblicher Teil der EFRE-Mittel wird auch für den sozialen, territorialen und ökologischen Zusammenhalt aufgewendet. Gefördert werden unter anderem Projekte wie die Verbesserung bzw. der Aufbau von sozialen Infrastrukturen unterschiedlicher Art sowie die Sanierung bzw. Wiederbelebung von Dörfern, Stadtzentren, Industriebrachen und Baudenkmälern.

Im Zeitraum 2000-2006 floss fast ein Drittel der EFRE-Gesamtzuweisungen für Ziel-1-Regionen und 36 % der Gesamtmittel für das Ziel 2 in solche Vorhaben, einschließlich Projekten zur Verbesserung der touristischen Einrichtungen. Die Zuweisungen für den Programmplanungszeitraum 2007-2013 sind ähnlich.

Die Bewertungen für den Zeitraum 2000-2006 kommen zu dem Schluss, dass die Projekte zur Förderung der Umweltinfrastruktur zu greifbaren Ergebnissen geführt haben. Beispielsweise wurde eine beträchtliche Zahl von Haushalten in benachteiligten Regionen der gesamten EU an die Versorgung mit sauberem Trinkwasser bzw. die Kanalisation angeschlossen (Verbesserung der Wasserversorgung für 14 Millionen Menschen; 20 Millionen zusätzliche Menschen mit Kläranlagenanschluss).

Das Ergebnis? Städte und Dörfer in ganz Europa, darunter Industriebrachen, heruntergekommene Gegenden und darniederliegende Stadtzentren, haben sich zu attraktiven Wohn-, Arbeits- und Freizeitsorten gewandelt.

Es gibt zwar keine offiziellen Indikatoren bzw. keine Daten, um solche Effekte zu messen, aber die Bewertungen kommen zu dem Schluss, dass diese Projekte, die den Zuzug von Menschen und Unternehmen in diese Gebiete gefördert haben, zweifellos zu einer Verbesserung von Lebensstandard und Lebensqualität wie auch der territorialen Ausgewogenheit beigetragen haben.

HIGHTECH AUF DEM FRANZÖSISCHEN LANDE

Die ländlich strukturierte und abseits der Zentren gelegene Auvergne ist die erste Region Frankreichs, die dank EFRE-Mittel im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ flächendeckenden Breitband-Internetzugang bieten kann. Dieses Gewinnerprojekt der RegioStars-Auszeichnung 2010 hat eine positive Entwicklung angestoßen. Neuerdings konnte ein Zustrom junger Menschen mit unternehmerischer Initiative verzeichnet werden.

Cecile Hesse und Gael Romier sind zwei jungen Fotografinnen, die sich in der Auvergne niedergelassen haben. Früher konnte es noch ganze 20 Minuten dauern, um ein einziges Bild zu einem Kunden zu schicken. Mit dem neuen Breitbandanschluss geht das jetzt in Sekundenschnelle. „Dadurch konnten wir unser Geschäft entwickeln und darüber hinaus in unserer Region bleiben“, erklärt C. Hesse.

Seit 2009 wurde schon eine Reihe von Initiativen zur Wiederbelebung der Region durchgeführt wie z. B. die einer Grundschule der Stadt Mazayes, wo Kinder ihre eigene Schul-Homepage erstellt haben. Der Schulleiter Etienne Anquetil ist sich sicher, dass Kinder und Eltern gleichermaßen froh darüber sind, dass ihre Schule jetzt den Anschluss gefunden hat.

Der flächendeckende schnelle Zugang hat sich auf alle Sektoren ausgewirkt – Gesundheitswesen, Wirtschaft, Bildung und auch Tourismus haben davon profitiert.

Breitband-Internet in der Auvergne, 2006-2009

Gesamtmittel: 38 500 000 €

EFRE: 26 %

René Souchon (rechts), Präsident des Regionalrats der Auvergne nimmt die RegioStars-Auszeichnung von Kommissar Hahn entgegen.



KARIMA DELLI

MdEP



Karima Delli ist Mitglied der Fraktion Grüne/FEA sowie des Regionalentwicklungsausschusses, stellvertretende Vorsitzende der interfraktionellen Arbeitsgruppe URBAN und Aktivistin des Kollektivs „Jeudi noir“.

Was erhoffen Sie sich vom Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung?

Die EU wird das Problem von Armut und sozialer Ausgrenzung nicht in einem Jahr aus der Welt schaffen. Nach dem Scheitern der Lissabon-Strategie soll in diesem EU-Jahr die Aufmerksamkeit vor allem auf die 84 Mio. Menschen, die Opfer der Krise sind, insbesondere die erwerbstätigen Armen, und die Leute gelenkt werden, die Tag für Tag daran arbeiten, ausgegrenzten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Ich hoffe danach können wir das Armutsproblem erfolgreich angehen, indem wir die Europäische Kommission überzeugen, einen Vorschlag für Rahmenrichtlinien über Mindesteinkommen bzw. den Kampf gegen die Diskriminierung auszuarbeiten, um den allgemeinen Zugang zu Dienstleistungen zu verteidigen und die Anerkennung des Rechts auf Wohnung in allen Mitgliedstaaten durchzusetzen.

Wie schätzen Sie Ihre Rolle bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ein?

Ich denke, unsere Rolle als MdEP ist es, den Menschen, die in Armut leben, und allen Organisationen, die in der Armutsbekämpfung tätig sind und entsprechende Lösungen im Alltag umsetzen, eine Stimme zu verleihen. Ich sage immer, es reicht nicht, Politik für die Menschen zu machen, man muss sie mit ihnen machen. Dieses Europäische Jahr ist eine willkommene Gelegenheit, um bewährte Praktiken zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung zu sammeln und aufzuzeigen, dass es Hoffnung gibt für die Bedürftigsten. Als Grünpolitikerin sage ich außerdem, dass wir Alarm schlagen müssen, nicht nur bezüglich der sozialen Ungleichheiten, sondern auch hinsichtlich der ökologischen Ungerechtigkeit. Nach dem Scheitern der Konferenz von Kopenhagen sind dies die Ärmsten, die Menschen in den prekärsten Wohn- und Arbeitsverhältnissen, die den Preis bezahlen werden.

Wie werden sich die jüngsten Änderungen der EFRE-Verordnungen bezüglich der Verbesserung der Wohnsituation marginalisierter Bevölkerungsgruppen und der Förderung energieeffizienter Gebäude auf den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung auswirken?

Diese neue Verordnung ist das beste Beispiel für die von mir angesprochene Beziehung zwischen dem Kampf gegen den Klimawandel und dem gegen soziale Ausgrenzung. Dies bedeutet einen Riesenschritt bei der Verbesserung der Lebensbedingungen marginalisierter Bevölkerungsgruppen, da Projekte für die Renovierung und den Bau neuer Häuser und für die Bekämpfung von Energiearmut in allen Mitgliedstaaten dadurch Anspruch auf europäische Beihilfen über den EFRE erhalten. Auf diesen Vorschlag ist von all denjenigen schon so lange gewartet worden, die sich für den Respekt für die Integrationsrechte marginalisierter Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Roma, einsetzen.

Wir dürfen jedoch nicht damit aufhören, jetzt wo es einmal so gut läuft. Wir werden im Hinblick auf die tatsächliche Verwendung dieser Mittel ein wachsames Auge behalten, da dies nicht dazu führen darf, dass benachteiligte Gemeinschaften aufgrund von Immobilienspekulationen und einen entsprechenden explosionsartigen Anstieg der Pacht- und Mietpreise aus den Innenstädten vertrieben werden.

Wir müssen jetzt sicherstellen, dass alle Akteure, einschließlich der lokalen Gebietskörperschaften, öffentlichen Investitionsbanken und europäischen Netzwerke wie z. B. der Konvent der BürgermeisterInnen, in die Stadterneuerungsprojekte eingebunden werden, so dass jede einzelne gefährdete Bevölkerungsgruppe auch tatsächlich ausreichende Mittel erhält und ihr damit langfristig eine würdige Existenz ermöglicht wird.

„einen Riesenschritt bei der Verbesserung der Lebensbedingungen marginalisierter Bevölkerungsgruppen“



Ausgrenzung gibt es auch auf dem Land.

FINTAN FARRELL

Vorsitzender des Europäischen Netzwerks zur Armutsbekämpfung
(European Anti-Poverty Network, EAPN)



Fintan Farrell wurde 2002 zum Vorsitzenden des Europäischen Netzwerks zur Armutsbekämpfung (EAPN) bestellt. Er hatte den Vorsitz des Netzwerks bereits von 1996 bis 2000 inne. Er war auch Präsident der Sozialplattform und Vorsitzender der EU-Kontaktgruppe der Zivilgesellschaft.

Was erhoffen Sie sich vom Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung?

Das EU-Jahr kann hoffentlich eine Diskussion darüber anstoßen, welche Art von Gesellschaft wir aufbauen möchten, und die Botschaft vermitteln, dass gerechtere Gesellschaften besser für alle sind. Das Europäische Jahr fällt mit der Krise zusammen. Es scheint, dass die armen Menschen den Preis dafür bezahlen werden müssen.

Der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung muss im Rahmen der Strategie Europa 2020 hoher Stellenwert eingeräumt werden. Wir müssen die Ursachen der Armut bekämpfen und Verständnis dafür schaffen, dass eine bessere und gerechtere EU nur durch effiziente Systeme zur Umverteilung des Wohlstands erreichbar ist.

Das EU-Jahr sollte auch versuchen, durch ein verstärktes Engagement gegenüber der Arbeit der im Bereich der Armutsbekämpfung tätigen NRO und entsprechende Unterstützung von behördlicher Seite für Kontinuität auf lokaler und nationaler Ebene zu sorgen.

Wie schätzen Sie Ihre Rolle bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ein?

Die Aufgabe von EAPN ist die Einflussnahme auf einschlägige EU-Aktionen und -Programme, um so die Interessen von Menschen zu vertreten, die in Armut leben. Das Netzwerk wird genau verfolgen, wie Armut und soziale Ausgrenzung im Rahmen der Umsetzung der Strategie Europa 2020 und der „Plattform zur Bekämpfung der Armut“ angegangen werden. Es wird auch evaluieren, wie die Beschäftigungspolitik zur Schaffung integrativer Arbeitsmärkte beiträgt und Strukturfonds zu Integrationszwecken genutzt werden. Dazu bieten wir NRO die Möglichkeit, Erfahrungen darüber auszutauschen, wie diese Maßnahmen und Programme auf lokaler Ebene umgesetzt werden, und sie können auch neue Bereiche vorschlagen, wo die EU aktiv werden sollte. Die direkte Einbindung der von Armut betroffenen Menschen ist für die Arbeit des EAPN von zentraler Bedeutung.

Wie kann die Kohäsionspolitik zur Erreichung des EU-Ziels, 20 Mio. Menschen bis 2020 aus der Armut zu herauszuführen, beitragen?

Zur Erreichung des Ziels, bis 2020 20 Mio. Menschen aus der Armut zu holen, muss die Kohäsionspolitik als ein Querschnittsinstrument zur Förderung der sozialen Eingliederung eingesetzt werden. Die Nutzung von EFRE und ESF – u. a. für soziale NRO – ist besser aufeinander abzustimmen und es müssen neue Wege beschritten werden, um auch tatsächlich auf die Bedürfnisse der schwächsten Bevölkerungsgruppen einzugehen. Das EAPN würde auch einen Paradigmenwechsel vom aktuellen Wachstums- und Beschäftigungsmodell zu einem, das durch aktive Eingliederung, soziale Innovation, neue soziale Dienste sowie grüne Arbeitsplätze und Technologien für die arbeitsmarktfernsten Menschen den schwächsten Bevölkerungsgruppen zugutekommt.

Die Strukturfonds sind im Rahmen der Strategie Europa 2020 zwar einem besonderen Schwerpunkt unterstellt, es müssen jedoch alle Finanzinstrumente der EU entsprechend zur Erreichung des angestrebten Ziels der Armutsminderung beitragen. Ein spezielles EU-Finanzinstrument sollte zur Erreichung der folgenden drei Kernziele beitragen: Zugang zu Rechten, insbesondere der Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu erschwinglichen Preisen; soziale Integration mit Schwerpunkt auf integrierter Strategie zur aktiven Eingliederung und Beteiligung der Hauptakteure.

MEHR DAZU:

<http://www.eapn.eu/index.php?lang=en>

„ Kohäsionspolitik als ein Querschnittsinstrument zur Förderung der sozialen Eingliederung eingesetzt werden. “

Drei-Städte-Initiative – Wiederbelebung von Vierteln in Yorkshire und Humberside im Vereinigten Königreich



PAUL BEVAN

Generalsekretär von EUROCITIES



EUROCITIES ist das Netzwerk der europäischen Großstädte. In den 140 Mitgliedsstädten der 1986 gegründeten Vereinigung leben 25 % der EU-Bevölkerung. Paul Bevan hat nach Tätigkeiten in leitenden Funktionen in der lokalen und regionalen Regierung im Vereinigten Königreich im November 2008 das Amt des Generalsekretärs übernommen.

Was erhoffen Sie sich vom Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung?

Das Europäische Jahr muss ein Bewusstsein schaffen, dass Armutsbekämpfung mehr ist als bloßer Altruismus. Die Menschen Europas sind unser wertvollstes Wirtschaftsgut – unser Humankapital. Auch in der Strategie Europa 2020 steht, dass wir in der globalen Wirtschaft nicht bestehen können, wenn wir dieses Potenzial nicht voll ausschöpfen. Investitionen in Qualifikation, hochwertige Arbeitsplätze und soziale Eingliederung zahlen sich wirtschaftlich eindeutig aus und tragen unmittelbar zu einer Verbesserung der Lebensqualität unserer Mitbürger bei.

Wie schätzen Sie Ihre Rolle bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ein?

Armut und Ausgrenzung sind vorwiegend städtische Phänomene. Selbst in den reichsten Städte Europas gibt es, oft geballt in bestimmten Vierteln, reichlich materielle Entbehrung. Der Schwerpunkt der EUROCITIES-Sensibilisierungskampagne des Jahres 2010 ist daher die städtische Dimension der Armut.

Es liegt in der Hand der Stadtverwaltungen, diese Probleme mithilfe eines mehrdimensionalen Ansatzes anzugehen. Allgemeine und berufliche Bildung, Hilfe bei der Arbeitsuche, Verbesserung der Wohnsituation, Verstärkung der Familien-, Gesundheits- und Sozialhilfe, Ausbau des öffentlichen Verkehrs, gesündere Umwelt, aktive Teilnahme an der Gesellschaft – dies alles muss in integrierter Weise organisiert werden, um in benachteiligten Gebieten einen echten und nachhaltigen Wandel herbeizuführen. Dies war auch der einhellige Tenor der von EUROCITIES in ganz Europa abgehaltenen Veranstaltungsreihe „Städte gegen Armut und Ausgrenzung“.

In der Praxis sind Armut und Ausgrenzung jedoch die wahrscheinlich schwierigsten Herausforderungen für jedes Stadtoberhaupt. Bürger, NRO und Wirtschaft motivieren, verschiedene Stellen koordinieren und nach neuen Methoden suchen, dabei ist die oberste politische Führung gefragt. Außerdem ist es ressourcenintensiv. EUROCITIES fördert nicht nur den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstädten, sondern setzt sich auch für weitreichendere Befugnisse für die Stadtverwaltungen ein, um diesen komplexen Problemen besser entgegenzuwirken.

Wie können europäische Städte kohäsionspolitische Instrumente zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung nutzen?

Die Rolle der EU-Kohäsionspolitik, die Städte dabei zu unterstützen, neue Wege zur Bewältigung dieser Herausforderungen zu erkunden, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Stadtverwaltungen konnten so zeigen, dass dieser integrierte Ansatz für dauerhaften Erfolg von entscheidender Bedeutung ist. Angesichts des Anhaltens der Wirtschaftskrise stehen unsere Städte von größeren Herausforderungen denn je.

Drei Viertel der europäischen Bevölkerung leben in Städten und 85 % des BIP der EU werden in Ballungsräumen erwirtschaftet, ohne florierende Städte sind die Aussichten auf eine dauerhafte Erholung in Europa daher nicht realisierbar. Egal ob Stadtbewohner oder nicht, es ist in unser aller Interesse, dass die europäischen Städte weiter Investitionen anziehen und zu Innovation und Wohlstand beitragen. Die Kohäsionspolitik kann durch die Förderung der „Renaissance der Stadt“ und des sozialen Zusammenhalts in der gesamten EU eine Schlüsselrolle zur Erfüllung der Ziele von „Europa 2020“ spielen.

MEHR DAZU:

<http://www.eurocities.eu/main.php>

Regionale Fördermittel unterstützen eine interaktive Schulung im Bereich der Kfz-Technik in Malta



„ Investitionen in Qualifikation, hochwertige Arbeitsplätze und soziale Integration zahlen sich wirtschaftlich eindeutig aus “

SOZIALE INTEGRATION, KAMPF GEGEN DIE ARMUT

Vor dem Hintergrund der schlimmsten Sozialkrise in der Geschichte der EU versteht sich das Europäische Jahr 2010 als Anstoß für neue Partnerschaften und konkrete Maßnahmen. Armut in einer der wohlhabendsten Regionen der Welt sollte nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Trotz der Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards in den letzten Jahrzehnten leben heute immer noch fast 84 Mio. Europäer – 17 % der EU-Bevölkerung – unter der Armutsgrenze.

Alle Ressourcen nutzen

Zur Bewältigung dieser Herausforderung ist ein umfassender Ansatz vonnöten, der die Bewertung struktureller und individueller Faktoren, den Einsatz verschiedenster Instrumente sowie die Mobilisierung regionaler und nationaler Akteure einschließt. Ein solches mehrdimensionales Konzept bildete die Grundlagen der Maßnahmen der EU. Das „soziale Europa“ hat über die Jahre in Form einer Reihe von Maßnahmen und Programmen zur Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen und besserer Arbeitsbedingungen sowie von Bildung und sozialem bzw. territorialem Zusammenhalt und zur Bekämpfung von Diskriminierungen Gestalt angenommen.

Die EU hat nicht die Hände in den Schoß gelegt und bis zum Jahr 2010 gewartet, um gegen die Armut vorzugehen. Die Mitgliedstaaten haben sich schon im Jahr 2000 auf eine innovative Strategie für die soziale Eingliederung geeinigt. In diesem Rahmen haben sie nationale Pläne ausgearbeitet und gemeinsame Ziele festgelegt und konnten bei wichtigen Fragen wie Mindesteinkommen und Kampf gegen Kinderarmut und Obdachlosigkeit voneinander lernen.

Neuer Schwung für den Kampf

Es besteht weiter Handlungsbedarf: Das Europäische Jahr 2010 soll auf den bestehenden Instrumenten aufbauen und neuen Schwung für Initiativen in ganz Europa bringen. Vier interdisziplinäre Ziele bilden die Eckpfeiler der Kampagne:

- Sensibilisierung durch die Förderung eines besseren Verständnisses der Realität der Armut in der heutigen EU, die Hinterfragung von Stereotypen und das Aufzeigen von Möglichkeiten zur Armutsbekämpfung.
- Verbreitung der Botschaft, dass der Kampf gegen die Armut von allgemeinem Interesse und eine gemeinsame Verantwortung ist, und Förderung des Engagements öffentlicher und privater Akteure.
- Menschen zum Handeln auffordern und neue Impulse von lokaler und europäischer Ebene geben.

- Die aktive Teilnahme der von Armut betroffenen Menschen und die Anerkennung ihres Rechts, in Würde zu leben, fördern.

Insgesamt 29 Länder nehmen daran teil und haben in Zusammenarbeit mit Interessenträgern (NRO, Sozialpartner, Stiftungen, regionale und lokale Gebietskörperschaften) nationale Programme ausgearbeitet.

Es wird mit über 1000 Initiativen gerechnet, die von Konferenzen über Solidaritätsbewegungen und Debatten in Schulen bis zu Informationskampagnen für die Medien, interaktiven Spielen und der Erprobung neuer Maßnahmen reichen.

Die Europäische Kommission wird eine Kampagne auf EU-Ebene koordinieren, die auf verschiedene Informationsmittel (Website, Publikationen, Videomaterial, ...) und folgende Hauptaktivitäten setzt: ein Kunstprojekt (mit Kunststudenten, NRO und armen Menschen in Europa), ein Journalistenwettbewerb für schriftliche und audiovisuelle Medien sowie eine Schwerpunktwoche Mitte Oktober mit Seminaren und Debatten. Die Abschlusskonferenz wird im Dezember von der belgischen Ratspräsidentschaft organisiert.

Eine Vielzahl von Aktivitäten ist auch von NRO und anderen Akteuren, die fest in diese Kampagne eingebunden sind, wie auch von sonstigen europäischen Organen und Einrichtungen geplant. Das Europäische Jahr 2010 ist ein gemeinsames Projekt, bei dem alle beteiligten Akteure ihren Beitrag leisten.

Der Erfolg des Europäischen Jahres 2010 wird jedoch am Einfluss auf die politische Agenda in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene gemessen. Der Europäische Rat einigte sich im Juni 2010 im Rahmen der Strategie Europa 2020 auf das Ziel, 20 Mio. Menschen aus Armut und sozialer Ausgrenzung herauszuführen. Diesem wichtigen ersten Schritt müssen daher auf allen Ebenen langfristige und nachhaltige Maßnahmen folgen.

MEHR DAZU:

www.2010againstopoverty.eu



KREISLAUF DER ARMUT DURCHBRECHEN

Der Europäische Sozialfonds (ESF) vergibt Mittel, um Menschen aus der Armut zu holen und in Beschäftigung zu bringen. Die EU wird sich im Rahmen ihrer Zehnjahres-Wirtschaftsstrategie darauf konzentrieren, die Armut zu lindern und den Menschen bessere Chancen im Leben zu verschaffen.

Die nationalen Regierungen arbeiten zwar gemeinsam an der Umsetzung spezifischer Maßnahmen wie Mindesteinkommensregelungen, Armut und soziale Ausgrenzung sind jedoch ein europaweites Problem. Gegenmaßnahmen sind ein wesentlicher Punkt des Engagements der EU für die Schaffung einer wohlhabenden und integrativen Gesellschaft, in der das Recht des Einzelnen auf ein Leben in Würde und als ein aktiver Teil der Gesellschaft geachtet wird.

Bessere Chancen im Leben

Die EU hat der Armutsbekämpfung im Rahmen der Zehnjahres-Wirtschaftsstrategie, Europa 2020, hohe Priorität eingeräumt. Der Europäische Sozialfonds, dessen Ziel es ist, die Chancen im Leben von Menschen dauerhaft zu verbessern, ist dabei eine wirkungsvolle Waffe.

Mithilfe dieses Fonds werden auch 3500 arbeitslose Roma aus dem slowakischen Trebischau unterstützt. Ein vom ESF mitfinanziertes Projekt beschäftigt Angehörige der Roma-Minderheit, um die örtliche Schule für mehr als 600 Romaschüler zu renovieren. Dies ist nur ein Beispiel von vielen, wie der ESF den EU-Staaten dabei hilft, den Menschen wieder ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben zu ermöglichen.

Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Während des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung laufen Initiativen, um die Öffentlichkeit auf Realitäten hinzuweisen, die nicht nur der Wirtschaft schaden, sondern auch das Leben von Menschen zerstören. Der ESF unterstützt die Mitgliedstaaten in ihren Bemühungen, diese Probleme zu bewältigen. Es besteht natürlich auf allen Ebenen Handlungsbedarf und der ESF wird dabei auch weiterhin eine entscheidende Rolle spielen.

„ und nicht weniger als 7 Mio. Menschen müssen in Europa von weniger als 5 € am Tag leben “

Es sind nicht nur die Roma, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, 84 Mio. Menschen sind in Europa von sozialer Ausgrenzung bedroht. Es ist schwer zu glauben, aber jeder sechste Europäer lebt unterhalb der Armutsgrenze und nicht weniger als 7 Mio. Menschen müssen in Europa von weniger als 5 € am Tag leben. Um dagegen anzukämpfen, wird ein Betrag von insgesamt rund 76 Mrd. € (ein Sechstel für Initiativen im Bereich der sozialen Eingliederung) in Projekte investiert, die:

- Menschen durch Qualifizierungsmaßnahmen dabei helfen, eine Beschäftigung zu finden;
- Diskriminierung bekämpfen und es schutzbedürftigen Gruppen ermöglichen, in den Arbeitsmarkt einzutreten und eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu spielen;
- allgemeine und berufliche Bildung anbieten, damit benachteiligte Personen Fertigkeiten und Qualifikationen erwerben können;
- Arbeitnehmer und Unternehmen bei der Anpassung an den wirtschaftlichen Wandel unterstützen;
- Partnerschaften für einen besseren Arbeitsplatz und bessere Arbeit fördern.

MEHR DAZU:

http://ec.europa.eu/employment_social/esf/index_de.htm



Die EU begeht am 8. April 2010 den Internationalen Tag der Roma.

SOZIALE INTEGRATION UND KOHÄSIONSPOLITIK

AUS STÄDTISCHER PERSPEKTIVE

Städtische Problemgebiete sind eines der Hauptaktionsfelder der Regionalpolitik. Die zweite Förderperiode der Gemeinschaftsinitiative URBAN, URBAN II, hat Gebiete ausgewählt, die mit einer Reihe von sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen wie Arbeitslosigkeit (durchschnittlich 17 % bei URBAN II) und schlechten Umweltbedingungen konfrontiert sind.

URBAN II hat 70 Programme in den EU-15 unterstützt, die insgesamt 2,2 Mio. Menschen betroffen haben. Die Kohäsionspolitik hat 754 Mio. € beigetragen, zusammen mit den Kofinanzierungsmitteln der Länder und Regionen belief sich

ERFOLGSBILANZ

- Von den 108 000 Menschen, die an Schulungen teilgenommen haben, war mehr als die Hälfte aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Sie konnten Lesen und Schreiben lernen, ihre Ausbildung fortsetzen oder erhielten Unterstützung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt.
- Bei rund der Hälfte der Programme (8 von 15 Fallstudien) hat die Bereitstellung zusätzlicher oder neuer sozialer Dienste und Ressourcen positive Effekte gezeigt. URBAN II hat sich als überaus wertvoll erwiesen, um bessere soziale Dienste (z. B. die Einrichtung oder Renovierung von Sozialzentren, wo die Bevölkerung Informationen, Beratung, Orientierung und sonstige Unterstützung erhalten kann) zu gewährleisten.
- 247 Sicherheitsprojekte für die Verbrechensbekämpfung auf lokaler Ebene. Diese Projekte, die auch Aspekte wie Polizeihelfer, CCTV, Landschaftsgestaltung und Straßenbeleuchtung berücksichtigten, wurden in Zusammenarbeit mit Gemeinschaftsgruppen und Nachbarschaftswachdiensten umgesetzt.
- 593 Initiativen für den Aufbau von Kapazitäten in den Gemeinden. In einem Fall (Burnley im Vereinigten Königreich) hat dies zur Einbindung von 134 Menschen in Tätigkeiten der kommunalen Verwaltung geführt.

Lokale Entwicklung und lokale Partnerschaften

Bemerkenswert ist vor allem die Schlussfolgerung der Ex-post-Bewertung, dass der Projekterfolg nicht von dem behandelten Thema oder dem speziellen Instrument abhängig war. Erfolgsfaktoren der Projekte waren lokale Führung und Eigenverantwortung auf Bürgerebene. Solche Projekte gingen auf die Auffassung der Lokalbevölkerung bezüglich ihrer Bedürfnisse ein und wurden von lokalen Akteuren mitgetragen bzw. in lokalen Partnerschaften umgesetzt. Erfolgreiche Projekte wurden dagegen meist von oben vorgegeben mit entsprechend geringer Eigenverantwortung und Beteiligung auf lokaler Ebene.

Mehr als 80 % der lokalen Partnerschaften können als integrativ bezeichnet werden, verschiedenste Akteure wie gesellschaftliche Gruppen, die Privatwirtschaft, Arbeitsvermittlungen, Ausbildungseinrichtungen, Entwicklungsagenturen, Strafverfolgungsbehörden und Gesundheitsfachkräfte wirken dabei mit. Ungefähr 10 % der Projekte wurden von ehrenamtlichen Organisationen geleitet, die auch an der Durchführung vieler anderer beteiligt waren. Ein positiver Nebeneffekt dabei war der Aufbau von Kapazitäten der lokalen Partner für andere längerfristige Projekte. Die Europäische Union hat nicht zuletzt durch das URBACT-Netzwerk für den Austausch von Erfahrungen zum erfolgreichen Kapazitätsaufbau beigetragen.

WEITERE INFORMATIONEN:

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/expost_reaction_en.htm

URBAN II – Herausforderungen und Lösungen

Sämtliche Programme betrafen Gebiete mit erheblichen wirtschaftlichen, sozialen und städtebaulichen Schwierigkeiten. Die lokalen Rahmenbedingungen mit jeweils einer großen Bandbreite von Herausforderungen waren zwar stets unterschiedlich, eine Vielzahl der Programme hatte es jedoch mit Symptomen der Deindustrialisierung (Brachflächen, hohe Arbeitslosigkeit, flauere Wirtschaft und damit einhergehende soziale Probleme) zu tun.

Die Programme verfolgten zur Bewältigung dieser Herausforderungen einen integrierten und ganzheitlichen Ansatz. Sie können dabei jedoch in zwei Kategorien eingeteilt werden:

- eine Gruppe von 40 Programmen bezüglich sozialer und wirtschaftlicher Erneuerung mit Schwerpunkt auf einem oder (meist) beiden dieser Themen und geringeren Investitionen in die materielle Infrastruktur;
- eine Gruppe von 30 Programmen mit Schwerpunkt auf der städtebaulichen Erneuerung und geringeren Investitionen in Projekt für die wirtschaftliche und soziale Erneuerung.

Städtebauliche Erneuerung – URBAN II hat dazu beigetragen, den Stadtverfall zu stoppen, Verkehrsdrehkreuze sowie neue Transportmöglichkeiten und Gemeinschaftseinrichtungen (Museen, Bibliotheken und Kinderkrippen) geschaffen und die öffentlichen Freiflächen aufgewertet. Die meisten dieser Eingriffe haben die Attraktivität des Gebiets erhöht.

Wirtschaftliche Erneuerung – die Projekte waren Anstoß für unternehmerische Initiative, unterstützten Unternehmensgründungen und -wachstum sowie die Entwicklung (kleinflächiger) Industriestandorte. Menschen bei der Wiedereingliederung ins Erwerbsleben zu unterstützen, ist auch ein wichtiger Aspekt der Maßnahmen im Rahmen von URBAN II.

Soziale Erneuerung – die Projekte haben dazu beitragen, die Verbrechensrate zu senken, die Schulleistungen zu verbessern, die Qualifikationen der Lokalbevölkerung zu erhöhen, und benachteiligte Gruppen (insbesondere junge Menschen) auf verschiedene Weise unterstützt.

Die soziale Ausgrenzung war ein Schlüsselfaktor, der in den meisten der Gebiete des URBAN-II-Programms das Leben und die Zukunftschancen einiger wichtiger Bevölkerungsgruppen beeinflusst. Frauen, jüngere und ältere Menschen, Angehörige ethnischer Minderheiten, Asylbewerber und Flüchtlinge sind allesamt in der einen oder anderen Form von sozialer Ausgrenzung oder Benachteiligung betroffen.

Ein Mittel im Kampf gegen die Ausgrenzung

Die Ex-post-Bewertung hielt fest, dass sich die meisten URBAN-Programme Projekte gegen Arbeitslosigkeit und mangelnde Beschäftigungsmöglichkeiten unterstützten. Da die meisten der Zielgebiete sehr hohe Arbeitslosenquoten aufwiesen, wurde dieses Problem durch Investitionen in Projekte für Weiterbildung, Arbeitskräfteentwicklung, Bildung und Qualifikationserweiterung direkt an der Wurzel gepackt.

Fast die Hälfte der Programme unterstützte Projekte zur Kriminalitätsbekämpfung mit einem relativ hohen Anteil an Anti-Drogen-Projekten und entsprechenden Maßnahmen, wobei der Schwerpunkt auf unsozialen Verhaltensweisen lag.

Die Projekte von ungefähr einem Drittel der Programme befassten sich mit dem Aufbau von Kapazitäten und der Stärkung des Freiwilligen- und Gemeinschaftssektors. Die Projekte unterstützten diese Organisationen dabei, zu wachsen und sich weiterzuentwickeln bzw. stabiler und zukunftsfähig zu werden, um so den lokalen Gemeinschaften bestmöglich beizustehen.

Viele Projekte konzentrierten sich auf spezielle Gruppen in benachteiligten Gemeinden. Hauptzielgruppen waren Frauen, Angehörige ethnischer Minderheiten und (in geringerem Ausmaß) junge Menschen. Es scheint, dass sich die Projekte vorrangig den am schwersten erreichbaren Menschen der einzelnen Zielgruppen widmen.

SO LÄUFT ES AB – DORTMUND

Die größten Herausforderungen waren hohe Arbeitslosigkeit (insbesondere unter jungen Menschen und Migranten), Armut, Ausgrenzungsrisiko, niedriges Bildungsniveau, einseitige Wirtschaft, Substandard-Lebensverhältnisse und das schlechte Image in der Öffentlichkeit. Das Zielgebiet litt unter einer hohen Einwohner-Fluktuation. Die erfolgreicherer Bewohner zogen weg und wurden von benachteiligteren Gruppen ersetzt.

Die Mittel wurden großteils für die Förderung von Unternehmertum und Beschäftigung (42 %) sowie städtebauliche und Umweltmaßnahmen (33 %) aufgewendet, 15 % davon waren für die soziale Eingliederung bestimmt. Die Schwerpunkte waren die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen, die Verbesserung der Stadtstruktur, die Entwicklung von Strukturen für die Einwohner in den Bereichen Handel, Wohnungswesen und Kultur sowie die Förderung des sozialen Zusammenhalts.

Das Programm war sehr kohärent aufgebaut und die entwickelte Strategie war gut auf die in der Ausgangsanalyse aufgezeigten Probleme abgestimmt. Neben einer Studie über die Stärken und Schwächen des Programmgebiets wurden auch intensive Gespräche mit lokalen Partnern und Bewohnern geführt. Dadurch konnte sichergestellt werden, dass das Programm auch wirklich auf die lokalen Bedürfnisse und Rahmenbedingungen eingeht.



SOZIALE INTEGRATION ETHNISCHER

MINDERHEITEN



BEISPIEL DER ROMA

Der Kohäsionspolitik fällt bei der Verbesserung der Lebensbedingungen und der Integration von Minderheiten eine wichtige Rolle zu. Die Unterstützung erfolgt durch verschiedene Antidiskriminierungs- und Integrationsmaßnahmen wie auch durch gezielte Förderung. Spezielles Augenmerk gilt dabei der besonders schutzbedürftigen Roma-Gemeinschaft: In jüngster Zeit wurden für sie u. a. Maßnahmen ergriffen, um den Zugang zu Wohnungen, Bildung und Gründungskapital zu erleichtern, und eine Informationskampagne gestartet.

Roma leiden in ganz Europa unter sozialer Ausgrenzung und Rassismus und leben am Rand der Gesellschaft. Studien zufolge reichen die Probleme, mit denen sie zu kämpfen haben, von der Vorenthaltung von Rechten wie dem Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Beschäftigung bis zu rassistisch motivierten Gewalttaten.

Was steht dabei auf dem Spiel?

Die Kommission hat dieses Jahr die Mitteilung „Soziale und wirtschaftliche Integration der Roma in Europa“ vorgelegt, die den Ton für künftige Maßnahmen angibt. Sie stellt fest, dass bezüglich der Lage der Roma in Europa dringender Handlungsbedarf besteht, und fordert ihre „vollständige soziale und wirtschaftliche Integration“.

Das Dokument bekennt sich eindeutig zur Integration der Roma und stellt klar, dass in den letzten zwei Jahren zwar Fortschritte erzielt wurden, da Roma-Fragen mehr ins Zentrum der Politik gerückt sind, die bestehenden Instrumente zur Erreichung dieses Ziels jedoch wirksamer und entsprechend integriert gestaltet werden müssen.

Die Mitteilung sieht eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Integration der Roma vor. Dazu gehören die gezielte Nutzung der Strukturfonds und die durchgängige Berücksichtigung von Roma-Fragen im Rahmen der Kohäsionspolitik.

MEHR DAZU:

Mitteilung zur Roma-Minderheit

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52010DC0133:DE:HTML>

Wohnen – Roma profitieren von Ausdehnung der Fördermöglichkeiten

Ein zentrales Element der Maßnahmen zugunsten der Roma-Gemeinschaften ist die Verbesserung der Wohnverhältnisse. Untersuchungen der EU-Agentur für Grundrechte zeigen, dass viele Roma in überbelegten Baracken und Wohnwagen in segregierten Siedlungen mit eingeschränktem Zugang zu sauberem Wasser, Strom und Abfallentsorgung wohnen und nicht nur mit Gesundheitsproblemen aufgrund der hygienischen Bedingungen zu kämpfen haben, sondern auch ständig von Zwangsräumungen bedroht sind.

Dank einer neuen Regelung besteht jedoch Hoffnung, durch die Anpassung der Fördermöglichkeiten im Rahmen des EFRE an die besonderen Lebensverhältnisse der Roma-Gemeinschaften eine Wende herbeizuführen. Der Einsatz von EFRE-Mitteln für Roma-Unterkünfte wird auf alle Mitgliedstaaten ausgedehnt und von jetzt an sind auch ländliche Gebiete förderungsfähig. Mittel werden für den Bau neuer Häuser wie auch die Renovierung bestehender Gebäude bereitgestellt.

Pilotprojekt für Roma-Eingliederung: ganzheitlicher Integrationsansatz

Wohnen ist zwar ein wichtiger Aspekt der Roma-Eingliederung, andere Bereiche dürfen jedoch nicht vergessen werden, um eine vollständige Integration zu erreichen. Die GD Regionalpolitik hat ein Pilotprojekt zur Bewältigung mehrdimensionaler Probleme ins Leben gerufen:

- Die frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung wird im Rahmen des Projekts „Ein guter Start“ gefördert, das den Zugang zu Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Roma-Kinder bis zum sechsten Lebensjahr verbessern soll.
- Die Selbstständigenquote soll durch ein Projekt erhöht werden, dass durch die Vergabe von Kleinstkrediten – insbesondere an Frauen – die Existenzgründung unterstützt.
- Um die Öffentlichkeit für Roma-Fragen zu sensibilisieren, werden in Italien, Rumänien, Albanien und Bulgarien Antirassismus-Kampagnen mit bekannten Persönlichkeiten, vor allem im Rahmen von Sportveranstaltungen, durchgeführt.

Die schätzungsweise 10 bis 12 Mio. in den EU-Ländern lebenden Roma stellen die größte ethnische Minderheit in der Union.

GEMEINSCHAFTSZUSCHÜSSE FÜR AUSGEWÄHLTE PROJEKTE:

Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung (Roma-Bildungsfonds): 1,9 Mio. €

Selbständigkeit und Kleinstkredite (Stiftung Polgár) 1,4 Mio. €

Information und Sensibilisierung (Internationale Stiftung SPOLU) 0,9 Mio. €

WEITERE INFORMATIONEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION UND DEN ROMA:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=518>

http://ec.europa.eu/regional_policy/themes/employment/index_de.htm



REGIONALFONDS UNTERSTÜTZEN ZUWANDERINNEN BEI DER EXISTENZGRÜNDUNG

Arabische Süßigkeiten, Thai-Massage, Sushi, ... verschiedene Geschäftsideen mit einem gemeinsamen Nenner: Unternehmerintum. Das mit der diesjährigen RegioStars-Auszeichnung preisgekrönte Institut für Mikrofinanzierung im Südosten Schwedens hilft Frauen mit Migrationshintergrund im Rahmen des EU-Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ bei der Unternehmensgründung bzw. -entwicklung.

„Du hast Power. Du hast Ideen. Du willst Dein eigener Chef sein.“ Mit diesen Worten möchte die Website vom Finanzsystem ausgeschlossene Frauen Lust machen, ihr eigenes Unternehmen aufzubauen. Die meist arbeitslosen Frauen erhalten einen finanziellen Zuschuss von bis zu 26 000 €. Außerdem können sie individuelle Unterstützung für die einzelnen Etappen der Unternehmensgründung in Anspruch nehmen.

Wachstumskräfte

Diesem Institut, das am 11. September 2009 seine Pforten geöffnet hat, gelingt es, aus Frauen, die bislang von Sozialleistungen abhängig waren, Triebkräfte des regionalen Wachstums zu machen. 80 Frauen haben sich der Herausforderung gestellt und 15 davon ihr eigenes Kleinunternehmen gegründet. Darüber hinaus wurden 20 Arbeitsplätze geschaffen.

Ausgebildete Business-Coaches versuchen, Frauen zu erreichen, die kaum Chancen haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Sie stellen einen persönlichen Kontakt her, leisten Motivationsarbeit und verbreiten Optimismus, dass es auch wirklich machbar ist. Die Ideen werden weiterentwickelt, damit sie einen tragfähigen Geschäftsplan abgeben. Die Unterstützung geht auch noch über die Gründungsphase hinaus, um nicht nur das reine Überleben, sondern Stabilität und, warum nicht, Wachstum sicherzustellen.

Die Investitionen wurden durch die Unterstützung von Sörmlands Sparbank, JAK-Mitgliedsbank und Ekobanken ermöglicht und betreffen die vier Verwaltungsbezirke Södermanland, Östergötland, Västra Götaland und Stockholm. Dafür ist ein Zeitraum von drei Jahren vorgesehen.

Das Institut für Mikrofinanzierung (MFI) erhielt für einen Zeitraum von drei Jahren 340 000 € aus dem EFRE.

TÜRÖFFNER

Für Frauen, die keine Netzwerke, Bonitätsgeschichte oder unternehmerische Erfahrung haben, reicht oft schon ein kleiner Kredit, um eine Idee in die Tat umzusetzen. Bei Kholoud Yamani hat das geklappt. Sie stammt aus Jordanien und ist erst 2003 nach Schweden gekommen. Trotz ihres abgeschlossenen Physikstudiums und ihrer 14-jährigen Tätigkeit bei den Vereinten Nationen waren die Hürden auf dem Weg zur Gründung eines Kleinunternehmens in Schweden für sie unüberwindbar.

Menschen, die nicht fließend Schwedisch sprechen und von Sozialhilfe leben, ist in Schweden der Zugang zum Kapitalmarkt verwehrt. Sie mühte sich ab und wusste nicht wirklich, wo anfangen, bis ihr der Provinzialrat empfohlen hat, sich doch mal an das MFI zu wenden.

Vom ersten Gespräch an hat sich das Blatt gewendet. Türen haben sich geöffnet. Die JAK-Mitgliedsbank hat ihr ein Darlehen in der Höhe von 10 000 € gewährt. Mit diesem Geld hat sie dann die notwendigen Geräte angeschafft und sich daran gemacht, einen Kundenkreis auszumachen. Jetzt verkauft sie Plätzchen aus getrockneten Datteln nach einem Rezept aus ihrer jordanischen Heimat. Der Durchbruch war für sie die Anfrage, ihre Produktion zu verdoppeln und die Süßigkeiten in das Sortiment einer der größten Supermarktketten Schwedens aufzunehmen. Ihre Tagesproduktion stieg von 200 auf 700 Kekse.

Im Rahmen eines dreijährigen Betreuungsplans erhält sie weiter Unterstützung vom MFI, das sie bei rechtlichen und finanziellen Fragen berät. Eine Erweiterung war ebenfalls möglich und jetzt bietet ihr Unternehmen auch Reinigungsdienste an.

Erfolgsgeschichten sind auch Thitapha Ekberg aus Thailand, die jetzt einen Massagesalon betreibt, und Wannamon Lofgren, der das erste Sushi-Restaurant im Zentrum von Katrineholm eröffnet hat.

MEHR DAZU:

Weitere Informationen zu diesem Projekt finden Sie hier:

<http://www.mikrofinansiering.se/>



NEUE EU-INSTRUMENTE ZUR DECKUNG DER KLEINSTKREDITNACHFRAGE

Mehrere EU-Organe haben sich zusammengetan, um die Lücken bei der Vergabe von Kleinstkrediten an als „nicht bankfähig“ geltende Unternehmer zu schließen.

Viele, die ein Unternehmen gründen oder eine bestehendes erweitern möchten, verfügen oft nicht über die für einen herkömmlichen Bankkredit erforderlichen Sicherheiten. Die kurzfristige Kleinstkreditnachfrage – Darlehen von bis zu 25 000 € – wird daher auf 700 000 Kredite im Wert von rund 6,3 Mrd. € geschätzt.

Vorstellung von JASMINE ...

Die Antwort der GD Regionalpolitik auf diesen Bedarf ist ein neues Instrument mit der Kurzbezeichnung JASMINE (Joint Action to support Microfinance Institutions – Gemeinsame Aktion zur Förderung von Kleinstkreditinstituten). Es wurde gemeinsam von der Europäischen Investitionsbank-Gruppe (EIB) und dem Europäischen Parlament eingerichtet und bietet sowohl Finanzierung als auch technische Unterstützung für bankfremde Mikrofinanzinstitute (MFI). Durch eine zahlenmäßige Aufstockung und die Verbesserung der Finanzkraft und Vertrauenswürdigkeit bestehender Institute wird einer größeren Zahl von Unternehmern der Zugang zu Krediten ermöglicht, um ihre Ideen in rentable Unternehmen umzusetzen.

Im September 2009 wurde die erste Investition im Rahmen von JASMINE unterzeichnet. Der Fonds CoopEst mit Sitz in Belgien, der MFI in Mittel- und Osteuropa Mittel bereitstellt, hat Engagements in Höhe von rund 1,8 Mio. € erhalten.

„Statt mit den vielen Bankinstituten, die Kleinstkredite vergeben, in unnötige Konkurrenz zu treten, versuchen wir, Synergien zu schaffen und die Lücken zu schließen, wo Banken aufgrund der hohen Kosten für die Betreuung der Kleinstunternehmer ablehnen müssen“, erklärt Philippe Delvaux, Koordinator für JASMINE in der GD Regionalpolitik. „Es ist auch durchaus erwähnenswert, dass unsere Initiative [...] von der Bankenwelt mit regem Interesse verfolgt wird.“

Die neue Initiative, die sich als Ergänzung zu dem Kleinstkreditangebot im Rahmen des Instruments JEREMIE (Joint European Resources for Micro to Medium Enterprises – Gemeinsame europäische Ressourcen für kleinste bis mittlere Unternehmen) versteht, durchläuft gerade eine Pilotphase mit einer beschränkten Anzahl von Mikrofinanzinstituten. Als ersten Schritt hat das innerhalb des Europäischen Investitionsfonds eingerichtete JASMINE-Team 15 Institute ausgewählt, die ihre Dienste verbessern oder ausweiten möchten. Ungefähr doppelt so viele werden nach einem für das letzte Quartal dieses Jahres geplanten Aufruf des EIF im Laufe des Jahres 2011 technische Unterstützung erhalten.

Die ausgewählten MFI erhalten nach einer Bewertung durch eine spezialisierte Rating-Agentur gezielte Schulungen in den folgenden vier Bereichen: Entscheidungsstrukturen, Finanzgebaren, Qualität des Informationssystems und Risikomanagement. Sie können auch Unterstützungsdienste für Unternehmen wie eine Online-Datenbank und Beratung zu bewährten Verfahren in Anspruch nehmen und es wurde eine Mailbox eingerichtet, wo Fragen zu JASMINE und Kleinstkrediten beantwortet werden. Ein freiwilliger Verhaltenskodex für MFI ist in Ausarbeitung. „Er ist zwar nicht verpflichtend, aber wir wollen ihn zu einem Referenzhandbuch für MFI machen“, sagt Delvaux.

Mittel aus verschiedenen Quellen in der Höhe von ca. 55 Mio. € wurden für die Pilotphase zweckgebunden.

... und PROGRESS

Ein Instrument mit ergänzenden Funktionen ist gerade im Aufbau. Die von der GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit ins Leben gerufene Mikrofinanzierungsfazilität PROGRESS wird als Ergänzung zu JASMINE das Kreditangebot für Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder zu verlieren drohen und die ihr eigenes Unternehmen gründen möchten, sowie benachteiligte Gruppen verbessern.

Ein erstes Finanzierungspaket wird Finanzmittlern bereitgestellt, um entsprechende Darlehen zu vergeben, andere Finanzprodukte werden folgen. PROGRESS steht im Gegensatz zu JASMINE sowohl Banken als auch bankfremden Einrichtungen offen.

PROGRESS wird im Zeitraum 2010-2013 bis zu 100 Mio. € bereitstellen und dürfte das Vielfache an Mitteln mobilisieren. Die Fazilität sollte ab Ende 2010 zum Einsatz kommen.

MEHR DAZU:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=836>

http://ec.europa.eu/regional_policy/funds/2007/jjj/micro_en.htm



GUTE GRÜNDE FÜR GEMEINDENAHE PFLEGE



Verwendung von Regionalfördermitteln für Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich der Altenpflege in Spanien

In Europa sind mehr als eine Million Kinder und Erwachsene in Langzeitheimen untergebracht. Diese Zahl wird aufgrund der alternden Bevölkerung weiter steigen. Viele Fachleute sind jedoch der Meinung, dass lange Aufenthalte in solchen Einrichtungen den Menschen nicht gut tun. Es ist daher ein Trend zur „Deinstitutionalisierung“ und gemeindenahen Pflege zu erkennen, wie dies die Europäische Kommission empfiehlt und künftig von den EU-Strukturfonds unterstützt werden soll.

Wissenschaftler und Fachleute erklären, dass Menschen, die über lange Zeiträume in Einrichtungen leben, soziale und psychologische Schäden davontragen können – selbst in gut finanzierten und geführten Heimen. Besondere Sorge gilt den Säuglingen, die in Heimen aufwachsen, da für sie die Gefahr einer Beeinträchtigung der Hirnentwicklung und körperlichen Unterentwicklung besteht.

Menschen, die traditionell in Einrichtungen untergebracht werden, sollte die Möglichkeit gegeben werden, mit entsprechender professioneller Hilfe ein mehr oder weniger „normales Leben“ innerhalb der Gemeinschaft zu führen. Dies ist zumindest die Empfehlung vieler internationaler Organisationen und NRO. Sie wurde von der Europäischen Kommission aufgegriffen, die die komplexen Fragen einer Reform der Heimpflege im September 2009 im Rahmen eines Expertenberichts behandelte.

EU-Finanzierung für Deinstitutionalisierung

Der nach dem ehemaligen tschechischen EU-Kommissar für soziale Angelegenheiten benannte Spidla-Bericht enthielt acht Empfehlungen für die Europäische Kommission und die

PSYCHIATRIEREFORM IN GRIECHENLAND

Das psychiatrische Versorgungssystem Griechenlands war bis 1980 institutionell bzw. zentralistisch organisiert und es mangelte an Primärpflege- und Rehabilitationseinrichtungen. Die psychiatrische Betreuung erfolgte hauptsächlich in neun Spezialkliniken mit einer Kapazität von bis zu 9000 Patienten. Diese Einrichtungen waren jedoch, wie eine internationale Expertengruppe feststellte, nicht in der Lage, eine angemessene und zeitgemäße Betreuung der Menschen zu gewährleisten.

Die griechische Regierung hat daraufhin im Einklang mit der EU-Verordnung Nr. 815/84 eine Reform ihres psychiatrischen Betreuungssystems eingeleitet. Zu den Zielen zählten die Deinstitutionalisierung, ein neues gemeindenahes Betreuungssystem und bessere Ausbildung für das psychiatrische Personal. Vier psychiatrische Kliniken wurden geschlossen und neue Heimeinrichtungen geschaffen. Langfristige Reformen drohen jedoch an der Mittelknappheit, der Demoralisierung des Personals und anderen im Sektor der psychiatrischen Betreuung herrschenden Problemen zu scheitern.

Mitgliedstaaten, wie der Prozess der Deinstitutionalisierung am besten zu bewerkstelligen wäre. Es wird nachdrücklich empfohlen, dass die Strukturfonds der EU eher in gemeindenahen Diensten als in Heimeinrichtungen investieren sollten. Die Auswirkungen sind gerade Gegenstand einer eingehenden Diskussion innerhalb der Kommission.

Wer macht mit?

Bulgarien hat mit der Deinstitutionalisierung der Waisenbetreuung begonnen, ohne eine Konkretisierung der diesbezüglichen EU-Politik abzuwarten. Sieben Minister haben sich 2009 auf die gemeinsame Koordinierung einer Abteilung für Kinderbetreuung geeinigt. Letzten Februar hat das Land eine Kinderbetreuungsstrategie mit dem Schwerpunkt Deinstitutionalisierung beschlossen.

Das in dem neuen nationalen 10-Jahres-Plan vorgegebene Ziel ist der Aufbau von gemeindenahen Diensten und Einrichtungen für ca. 7000 Kinder und Jugendliche, wie z. B. Tagesstätten für behinderte Kinder. Dafür wurden zwar bereits nationale Mittel bereitgestellt, die EU hat jetzt zur Unterstützung dieses Reformprozesses jedoch ebenfalls eine mehrjährige EU-Förderung in der Höhe von 25 Mio. € aus dem EFRE bzw. 14 Mio. € aus dem ESF zugesagt.

Aufbauend auf den Erfahrungen Rumäniens aus der Deinstitutionalisierung, wo die Anzahl der Kinder in Heimpflege innerhalb von zwei Jahrzehnten um ca. 90 % reduziert werden konnte, ist Bulgarien jetzt bereit, das Großprojekt anzugehen. „Die Lebensqualität der schutzbedürftigsten Mitglieder unserer Gesellschaft steht auf dem Spiel, wir können uns kein Scheitern leisten“, sagt Nadia Shabani, Direktorin der bulgarischen Jugendschutzbehörde, verantwortlich für die technischen Belange des Prozesses.

NÄHERES ZUM SPIDLA-BERICHT:

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=3992&langId=en>

GRENZÜBERSCHREITEND IN JUNGE MENSCHEN INVESTIEREN

Junge Menschen aus benachteiligten Gegenden von Medway im Südosten Englands und Dünkirchen im Norden Frankreich erhalten im Rahmen des Projekts ACCES die Möglichkeit, ihre Lebensqualität und Beschäftigungschancen zu verbessern.

Das auf 36 Monate angelegte Projekt ACCES läuft noch bis November 2011. Aus dem EFRE wurden dafür 509 947,33 € bereitgestellt. Das sind 50 % der Gesamtmittel in der Höhe von 1 019 912,60 €.

Das gemeinsam vom Stadtrat von Medway und dem Stadtverband Dünkirchen verfolgte Ziel des 2007 aus der Taufe gehobenen Projekts ACCES lautete Jugend-Empowerment. Das Projekt bemüht sich, in den beiden Gemeinschaften ein von gegenseitigem Vertrauen und Zuversicht geprägtes Klima zu schaffen, um so auch das Interesse an Stadterneuerung und einem Dialog zwischen den Generationen zu fördern.

Zu den benachteiligten Gebieten gehören Medway und insbesondere die Viertel White Road Estate und Wayfield, wo die Zahl der Jugendlichen, die weder in Bildungsmaßnahmen noch Arbeits- oder Ausbildungsverhältnissen (*Not in Education, Employment or Training, NEET*) sind, stetig steigt. Das französische Pendant dazu sind die sogenannten *Jeunes avec moins d'opportunité* (JAMO), auch sie sind im Zunehmen. Wenn diese jungen Menschen mehr Mitsprache beim Stadtteilmanagement bekommen, können sie Eigenverantwortung entwickeln und, besonders wichtig, auch einmal Stolz empfinden.

Leben lernen

Das Programm umfasst auch Kurse zur praktischen Seite von Gemeinwesenentwicklung und aktiver Bürgerschaft. Folgende Themen werden dabei behandelt: Kochen, Elektro- und Informatikgrundkenntnisse, Straßenverkehrsordnung, Orientierungslauf und Aktivitäten im Freien sowie Gemeinschaftsentwicklung.

Die jungen Menschen können im Rahmen französisch-englischer Konversationskurse auch Kontakte zur anderen Seite des Kanals knüpfen und so mehr über dortige Menschen und Kultur erfahren. Sie werden dann zusammen ein Video über ihre Aktivitäten drehen.

Planen für die Zukunft

Einer der Schwerpunkte des Projekts ACCES ist die berufliche Entwicklung, insbesondere im Vorfeld der Olympischen Spiele 2012. Diese jungen Menschen können sich mit Ordnerarbeiten für Sportveranstaltungen vertraut machen und Kurse für Erste Hilfe und Veranstaltungsmanagement belegen. Ihre Organisations- und Sprachkompetenzen werden sie dann während der Olympischen Spiele einsetzen.

Tipps von erfahrenen Eltern

Eine Familie aufzuziehen, ist nie einfach, aber wenn man noch dazu jung ist und aus einem einkommensschwachen Elternhaus kommt, ist es noch schwieriger. Daher wurden erfahrene Väter und Mütter in das Projekt eingebunden, um jungen Eltern praxistaugliche Erziehungstipps zu geben. Die jungen und erfahrenen Eltern werden zu regelmäßigen Treffen eingeladen und die gemeinsam gesammelten Erfahrungen sollen dann in Form einer Informationsbroschüre und von Videos an andere weitergegeben werden.

Grenzenlose Kreativität

Kunst wie auch Sport hat die Kraft, Menschen verschiedenster Herkunft, Altersgruppen und Kulturen zusammenzubringen. Mit professioneller Hilfe stellen die Jugendlichen eine Reihe von Aufführungen auf die Beine, um auf diese Weise soziale Netzwerke wiederzubeleben und Interesse an Kunst zu wecken.

MEHR DAZU:

<http://www.acces2seas.eu>

”

Ein 22 Jahre alter Teilnehmer erzählt:

In dem Kurs habe ich gelernt, kreative Sachen, wie z. B. ein Koffermuseum, zu machen! Ich habe auch an vielen anderen Aktivitäten wie Computerkursen, Laufen, Benimmkursen und Schlagzeugspielen teilgenommen. Es war wirklich toll und hat auch das Bühnenfieber in mir geweckt! Ich wollte eigentlich nur kurz aushelfen, habe dann aber das volle Programm mitgemacht.

“



Performance-Kunst als Mittler zwischen Kulturen und Generationen

COMPUTERKENNTNISSE – FENSTER ZUR ZUKUNFT

Als die Initiative Langas į ateitį im Jahr 2002 begann, war die Internetversorgung in Litauen noch sehr gering, genau gesagt lag sie bei 11 %. Dementsprechend war es auch um die Computerkenntnisse bestellt. Seit damals hat die Zahl der Internetanschlüsse zugenommen und damit auch die Zahl der Menschen, die sich am Computer auskennen. Die durch Mittel aus der Privatwirtschaft (die Gründer von Langas į ateitį) und dem Europäischen Sozialfonds unterstützte Initiative Langas į ateitį kann beim Abbau der digitalen Kluft in Litauen durchaus Erfolge vorweisen.

Seit 2002 haben über 75 000 Litauerinnen und Litauer an kostenlosen Computerkursen teilgenommen. Einer der meistbesuchten Kurse war „Computergrundkenntnisse für litauische Bürger“, der von 2006 bis 2008 angeboten wurde. Ältere und behinderte Menschen sowie Bewohner abgelegener Gebiete haben ebenfalls davon profitiert, über 50 000 Erwachsene haben erfolgreich an IKT-Kurse teilgenommen.

Das Projekt Computerkompetenz hat 2 Mio. € aus dem Europäischen Sozialfonds erhalten.

Allgemeiner Zugang, allgemeines Interesse

„Jetzt kann ich mich über Neues informieren und ständig etwas dazulernen. Ganz besonders mag ich die Poesiekurse, die ich im Netz gefunden habe. Ich finde hier einfach alles, selbst Blumen“, sagt Ina Laurinaityte, eine pensionierte Litauerin, die ihren Interessen jetzt noch besser nachgehen kann.

Dies ist nur ein Beispiel von vielen, das durch die Aktivitäten der von sozial verantwortlichen Unternehmen, Banken sowie Telekommunikations- und IT-Firmen ins Leben gerufenen Allianz Langas į ateitį ermöglicht wurde. Während einige nur zum Vergnügen im Internet surfen, können andere durchaus auch geschäftlichen Nutzen daraus ziehen.

Die Initiative sollte vor allem das Wirtschaftswachstum ankurbeln, den Lebensstandard in Litauen verbessern und auch die Wettbewerbsfähigkeit des Landes in Europa und darüber hinaus steigern.

Spaß am Lernen

Die erste Maßnahme im Rahmen des Projekts Langas į ateitį war die Einrichtung öffentlicher Internet-Terminals. In Zusammenarbeit mit dem Innenministerium wurde ein Netz von über 800



Internet-Terminals aufgebaut und bis 2008 aufrechterhalten. Dies hat dazu beigetragen, die Möglichkeiten der lokalen Bevölkerung, insbesondere in abgelegenen Gebieten, zu verbessern. Dank der Zusammenarbeit mit Kommunalverwaltungen konnte das Projekt diese Terminals in Bibliotheken, Postämtern, Schulen, Krankenhäusern und Gemeindeämtern einrichten. An jedem Zugangspunkt gab es zwei bis fünf Computer.

Im Rahmen des von März 2006 bis August 2008 laufenden Projekts wurden in allen 60 litauischen Kommunen spezielle Computer- und Internet-Grundkurse abgehalten. 50 400 Teilnehmende ab 16 Jahren konnten dabei ihre Informatikkenntnisse ausbauen und damit auch ihre Jobchancen verbessern. Der Großteil davon waren Frauen.

Als das Projekt „Informatikgrundkurse für litauische Bürger“ auf sein Ende zugeht, wurde klar, dass viele Teilnehmende ihre neu erworbenen Kenntnisse weiter vertiefen wollten. Mit Hilfe des Microsoft „Unlimited Potential“-Programms konnten die Projektaktivitäten um ein Fernlernprogramm mit dem Titel „Modernes IKT-Lernen“ erweitert werden. Dieses Programm umfasst vier Online-E-Learning-Kurse für den Aufbau von IKT-Kenntnissen. Seit 2008 haben sich bereits ca. 8000 Menschen zu einem dieser Internetkurse angemeldet.

MEHR DAZU:

<http://www.langasiateiti.lt/index.php/en>

„Nach dem Computerkompetenz-Programm und der Erweiterung des Online-Netzwerks kann jeder Durchschnittsbürger jetzt von zu Hause aus Kontakte knüpfen, online Zeitungen lesen, Informationen herunterladen, Zahlungen durchführen und lokale Dienste in Anspruch nehmen“, sagt Zigmantas Janciauskis vom litauischen Verband für Körperbehinderte.

ROBOTDALEN – INTELLIGENTE HELFER FÜR MEHR AUTONOMIE

Bei Robotern denkt man gleich an unpersönliche und futuristische Maschinen. Viele der im mittelschwedischen „Robotertal“ (RobotDalen) entwickelten oder getesteten Apparate werden die Menschen jedoch zum Umdenken bewegen. Die in der Gesundheitspflege und zur Kompensierung von Behinderungen eingesetzten neuen Roboter können die Lebensqualität älterer und behinderter Menschen – eine wachsende und nur zu oft an den Rand der europäischen Gesellschaft gedrängte Bevölkerungsgruppe – verbessern.

Das RobotDalen, ein Gebiet von ca. 100 km Durchmesser, ist eines der führenden Robotikzentren Europas, das Forscher, Entwickler, Hersteller und Universitäten zusammenführt. Es ist auf den Bereich der Robotik für Industrie, Logistik und Gesundheitspflege spezialisiert und wird von der schwedischen Regierungsagentur Vinnova sowie anderen schwedischen Behörden, Universitäten und der Privatwirtschaft unterstützt.

Das Dachprojekt läuft noch bis 2013 und erhält zusätzliche Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, um bis zum Ende des Finanzierungszeitraums im Jahr 2010 noch mindestens fünf neue Produkte zu entwickeln und fünf neue Betriebe oder Unternehmen zu gründen. Bereits 150 Kleinunternehmen wurden in ihrer Heimatregion die Vorteile von Robotik und Automatisierung nähergebracht. Dank der EU-Mittel konnte sich RobotDalen auch besser profilieren und Kontakte zu ähnlichen Clustern in Europa knüpfen.

Die beteiligten nationalen und internationalen Hersteller von Robotikgeräten arbeiten eng mit den Nutzern zusammen, um Neuentwicklungen zu testen. Das anfängliche Ziel zur Schaffung von 30 neuen Betrieben oder Unternehmen im Bereich der Robotik und 30 neuen Produkten ist bereits zur Hälfte erreicht.

Robotik in der Gesundheitspflege

Einige der letzten im Rahmen des Projekts entwickelten Roboter sollen älteren oder behinderten Menschen ein gesellschaftlich aktives und/oder selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen. „Wenn es um die Gesundheitsfürsorge geht, steht für uns die menschliche und weniger die technische Seite im Vordergrund“, sagt Erik Lundqvist, Generaldirektor, RobotDalen.

Nach Aussage des japanischen Robotikverbands (Japan Robot Association, JARA) beläuft sich das Weltmarktpotenzial von „Servicerobotern“ (darunter fallen Roboter für private, medizinische und gesundheitsanwendungen) bis 2020 auf ca. 24,35 Mrd. €. Dies

EINIGE BEISPIELE FÜR INNOVATIVE ROBOTERTECHNIK

Die letztes Jahr auf den Markt gebrachte Eshilfe „Bestic“ ist für Menschen mit eingeschränkter Armbeweglichkeit gedacht. Der kompakte Roboterarm mit Löffel oder Greifzangen wird auf dem Tisch aufgestellt und kann per Knopfdruck oder mit einem Joystick gesteuert werden. Ein weiteres nützliches Gerät, das sich gerade in Entwicklung befindet, ist die „Giraff“, ein mobiler Roboter mit Zweiweg-Kommunikationsmonitor, der den Menschen ermöglicht, mit der Außenwelt zu kommunizieren. „Damit können Familienangehörige, Freunde und Pflegekräfte über das Internet bei älteren Menschen vorbeischaun, das ist fast wie ein echter Besuch“, sagt Maria Gill, Diplomkrankenschwester und Projektleiterin, IKT in der Altenpflege.

Intelligente Roboter sind wichtig für die menschliche Interaktion mit der alternden Bevölkerung. Das kürzlich entwickelte Gerät „Genesis“ soll Menschen dabei unterstützen, nach einer Krankheit oder einem Unfall die Muskeln wieder aufzubauen. Der elektrische Rollstuhl „Zoom“ bringt Menschen die Treppe hoch und ist zudem geländegängig. Das Projekt arbeitet auch an „RoboCab“, einem Roboter, der Krankenschwestern bei ihren Tätigkeiten wie dem Verschieben von Krankenhausbetten unterstützt, um so die Effizienz im Gesundheitswesen zu verbessern.

Für das Projekt „RobotDalen“ wurde im Zeitraum 2008-2010 ein Höchstbetrag von jährlich 850 000 € aus dem EFRE bereitgestellt.

übertrifft die Zahlen für den Fertigungsrobotermarkt um mehr als das Doppelte. RobotDalen ist überzeugt, dass in diesem Jahrzehnt vor allem die Segmente für private, medizinische und Gesundheitsanwendungen die Wachstumstreiber im Bereich der Servicerobotik sein werden.

MEHR DAZU:

www.robotdalen.org



Einzigartige Chassisstruktur ermöglicht eine Vielzahl von Funktionstrainings-Übungen.

INTEGRATION DER ROMA-MINDERHEIT – BEWUSSTSEINSÄNDERUNG BEWIRKEN



Was macht eine Kampagne für die Eingliederung von Roma erfolgreich? Wie kann man feststellen, wo das Problem liegt und wie es gelöst werden kann? Und, am wichtigsten, wie kann man sicherstellen, dass dies zu politischen Maßnahmen führt, die einen – dauerhaften – Rahmen für Veränderungen schaffen?

Die internationale Stiftung SPOLU, eine niederländische NRO mit über zehnjähriger Erfahrung mit dem Aufbau von Roma-Organisationen bringt das Policy Center for Roma and Minorities aus Rumänien, Roma Active Albania (RAA) und Integro aus Bulgarien zusammen.

Gemeinsam werden sie an einem Pilotprojekt teilnehmen, um Antworten auf diese und andere Fragen zu finden. Es wird im Rahmen Netzwerks European Roma Grassroots Organisation (ERGO) in vier Ländern durchgeführt.

Ein „Pilotprojekt“ ist dazu gedacht, die Umsetzbarkeit bestimmter Maßnahmen zu testen und den erwarteten Nutzen zu bewerten. Diese Projekte können auf der Grundlage der Interinstitutionellen Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung auf Ersuchen des Parlaments von der Kommission durchgeführt werden.

Kampf den Stereotypen

Die Kampagnen sollen in der Öffentlichkeit, unter Politikern wie auch in Roma-Gemeinschaften bestehende Stereotypen über Roma aufbrechen. Es geht dabei nicht nur darum, diese Einstellungen zur Sprache zu bringen, sondern auch darum, die Roma-Gemeinschaften zu mobilisieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

Ein übergeordnetes Ziel ist die Ausarbeitung einer Sensibilisierungskampagne mit Modellen, Methoden und Botschaften. Dadurch kann Wirkung der Kampagne gemessen und auf andere Länder übertragen werden. SPOLU plant auch, als Investition in Humanressourcen, ein Entwicklungsprogramm für junge Roma-Fachkräfte auf die Beine zu stellen.

Wie die Botschaft rüberbringen?

Das Policy Center for Roma and Minorities setzt in Rumänien auf Filme, um so ein breiteres Publikum zu erreichen. Ziel ist es, die Jugend zu stärken und sie aus Ferentari, einem der schlimmsten Roma-Ghettos von Bukarest, rauszuholen. Zuerst muss jedoch der Kreis der Ausgrenzung und Stigmatisierung, unter dem diese Gegenden leiden, durchbrochen werden. Kinder aus diesen Vierteln werden ermutigt, sich nach anderen Zukunftsperspektiven umzusehen. In enger Zusammenarbeit mit der preisgekrönten Produktionsfirma Strada wird ein Dokumentarfilm über das Leben in Ferentari gedreht.

In Rumänien und Italien konzentrieren sich die Kampagnen auf Sportveranstaltungen, um positive Botschaften in die Öffentlichkeit zu bringen. Dabei sollen die Sportvereine zu einem langfristigen Engagement bewegt werden, gegen romafeindliche Stimmung vorzugehen. Das Policy Center for Roma and Minorities wird neben anderen Vereinigungen wie der Unione Italiana Sport per Tutti (UISP) daran teilnehmen.

In Albanien und Bulgarien liegt der Schwerpunkt darauf, lokale und regionale Gebietskörperschaften zu ermutigen, Roma-Angelegenheiten größere Aufmerksamkeit zu widmen. In lokalen Behörden wird kaum auf Roma-Themen näher eingegangen. Zudem haben viele Roma mittlerweile resigniert und erachten dies schon als „normal“. Die Roma-Gemeinschaften treten in der Kommunalpolitik daher nur selten als gleichberechtigte Akteure auf.

RAA aus Albanien und Integro aus Bulgarien haben die Aufgabe, durch die Einbindung von lokalen Roma-Gemeinschaften, Kommunen und Regionen integrierte Konzepte für die Eingliederung von Roma auf den Weg zu bringen. Dadurch soll die Anerkennung der Bürger der Roma-Minderheit als gleichberechtigte Akteure der Politikgestaltung und -umsetzung gestärkt werden.

Die Initiative wird im Rahmen des Pilotprojekts „Europaweite Koordinierung der Verfahren zur Eingliederung der Roma – Eingliederung der Roma“ – Kategorie „Information und Sensibilisierung“ – finanziert.

Es läuft vom 5. Juni 2010 bis zum 5. Dezember 2011.

EFRE-Mittel: 989 140 €

Nationale Mittel: 175 000 €

Gesamtmittel: 1 164 140 €

MEHR DAZU:

www.ergonetwerk.org

UNTERSTÜTZUNG

FÜR DIE SCHWÄCHSTEN IN UNGARN

Ein Pilotprogramm zur Ankurbelung der Entwicklung von ungefähr 30 „Mikroregionen“ aus ganz Ungarn läuft an. Unter reger Beteiligung der lokalen Bevölkerung und mit finanzieller Unterstützung der EU werden Hunderte Infrastruktur-, Umwelt-, Verkehrs- und Tourismusprojekte gefördert.

Das Programm „Am wenigsten entwickelte Mikroregionen“ (AWEMR) unterstützt die vor allem im Nordosten, Süden und Südwesten des Landes gelegenen am stärksten benachteiligten Mikroregionen. Es kombiniert auf innovative Weise eine Reihe von unterschiedlichen Fonds und operationellen Programmen, wobei der Schwerpunkt auf wirtschaftlicher Entwicklung, Beschäftigung, Bildung und Integration der Roma-Minderheit liegt.

Gestamtmittel des AWEMR-Programms:
Finanzierung in Höhe von 340 Mio. €

Im Programmplanungszeitraum 2007-2013 werden 85 % der Finanzierung gemeinsam vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds übernommen. Ungarische Finanzierung: 15 %

Beweggründe für das Programm sind die herrschende Arbeitslosigkeit, Armut, Segregation und Diskriminierung. In den rückständigsten Mikroregionen Ungarns leben ca. 10 % der Gesamtbevölkerung und ein Drittel der Roma-Minderheit. Weitere Herausforderungen sind u. a. die mangelnde Wirtschaftstätigkeit, Problemschulen, die Arbeitskräftemigration und wachsende Schulden.

Im Rahmen des ersten nationalen Entwicklungsplans (2004–2006) hat Ungarn überdurchschnittlich hohe Beträge in viele dieser Mikroregionen gepumpt. Der Erfolg war jedoch nicht sehr eindrucksvoll und die nationalen Behörden erkannten, dass weitere Maßnahmen erforderlich wären. Dies war der Anstoß für AWEMR, ein komplexes Entwicklungsprogramm für die 33 rückständigsten in Nordungarn, der Südlichen Tiefebene, der Nördlichen Tiefebene und Südtransnubien gelegenen Mikroregionen Ungarns.

Die Mittel des AWEMR-Programms werden über die drei nationalen operationellen Programme Ungarns (Regional, Soziale Erneuerung und Soziale Infrastruktur) bereitgestellt. Ein Drittel der Gelder wird gleichmäßig aufgeteilt, ein Drittel abhängig von der Einwohnerzahl der Mikroregion (zwischen 11 000 und 72 000) und ein Drittel abhängig von der Anzahl der Ansiedlungen in der Mikroregion (zwischen 4 und 49) verteilt. Auch einige andere nationalen Instrumente stellen Mittel für das AWEMR-Programm bereit.

Territorialer Ansatz, ressourcenbasierte Planung

Das Programm ist mit einem Büro in der nationalen Entwicklungsbehörde (NFÜ) in Budapest vertreten. Neben diesen Büroräumlichkeiten kann es auf zwei NFÜ-Koordinatoren pro Mikroregion, eine Reihe von Experten und Unterstützung von eingebundenen lokalen Universitäten zählen. Sie haben gemeinsam mit den Mikroregionen auf der Grundlage eines lokalen Entwicklungsplans ein Gesamtpaket mit verschiedenen integrierten Projekten geschnürt, um die für die einzelnen Mikroregionen bereitgestellten Mittel entsprechend einzusetzen. Ungefähr 5000 Menschen haben an der Projektplanung mitgewirkt, ein Zeichen des Engagements der lokalen Bevölkerung in den Mikroregionen. „Das AWEMR-Programm ist einzigartig in Ungarn, es ist ein neues Entwicklungsinstrument, das sich auf Mikroregionen anstatt auf die stärker zentralisierten Regionen oder Landkreise konzentriert“, sagt Frigyes Janza, Koordinator des AWEMR-Programms.

Von den 900 Projekten, die von den Verwaltungsbehörden ausgewählt wurden, sind ca. 250 bereits angelaufen. Dazu gehören der Bau oder die Renovierung von Schulen, Kindergärten, Gesundheits- und Sozialzentren sowie Bushaltestellen wie auch Maßnahmen zur Verbesserung der Abwasser-, Trinkwasser- und Hochwasserschutzanlagen. Die Errichtung von Verbindungsstraßen soll der außerhalb der Städte wohnenden Roma-Gemeinschaft zugutekommen. Außerdem sind einige neue Landstraßen geplant. Schließlich soll das Programm noch den Tourismus in diese selten besuchten Mikroregionen ankurbeln, die bedeutende kulturelle und historische Sehenswürdigkeiten zu bieten haben.

MEHR DAZU:

www.nfu.hu



ÄNDERUNGEN BEIM EFRE – BÜROKRATIE ABBAUEN, MITTEL FREISETZEN

Während Europa immer noch unter dem Eindruck einer Reihe von Finanzkrisen stand, hat die EU reagiert und die Verordnungen zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung geändert, um die Verwaltungsregeln der Struktur- und Kohäsionsfonds zu vereinfachen. Panorama geht der Frage nach, welche Auswirkungen vor Ort zu erwarten sind.

Ein Kernbestandteil des Europäischen Konjunkturprogramms

Die anhaltende Wirtschaftskrise hat zu einer Verschlechterung des Geschäftsklimas, einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen und einer gewaltigen Belastung der öffentlichen Finanzen geführt. Dieser letztgenannte Druck auf die öffentlichen Haushalte bedeutet, dass es den Regierungen und Regionen immer schwerer fällt, die Kofinanzierungsmittel bereitzustellen, die jedoch eine Grundvoraussetzung für Investitionen der Europäischen Strukturfonds sind.

Am 16. Juni 2010 hat die Europäische Union neue Maßnahmen vorgelegt, die die Verwaltungsregeln der Struktur- und Kohäsionsfonds vereinfachen sollen. Angesichts der akuten Sparzwänge der öffentlichen Haushalte soll durch die Änderungen der Zugang zu den Fondsmitteln erleichtert und der Investitionsfluss beschleunigt werden. Im Rahmen der Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise werden zusätzliche Vorauszahlungen in Höhe von insgesamt 775 Mio. € an einige Mitgliedstaaten ausgezahlt, um bestehende Liquiditätsprobleme zu überbrücken.

Diese Änderungen wurden vorgenommen, um bei der Bewältigung von Liquiditätsproblemen zu helfen und auch den Verwaltungsaufwand zu verringern, was wiederum den Zugang zu den Mitteln vereinfachen soll. Durch eine Beschleunigung der Projektumsetzung vor Ort soll der Wirtschaft auf nationaler und regionaler Ebene in diesen Krisenzeiten unter die Arme gegriffen werden.

Über die drei Fonds der Kohäsionspolitik – den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Kohäsionsfonds – fließen im Rahmen von 455 kohäsionspolitischen Programmen im Zeitraum von 2007 bis 2013 insgesamt 347 Mrd. € in die Regionen der EU.

Die wichtigsten Änderungen:

- **Einführung eines einheitlichen Schwellenwerts von 50 Mio. € für alle Großprojekte, ab dem sie von der Kommission genehmigt werden müssen.**

Dank dieses neuen einheitlichen Schwellenwerts können die Mitgliedstaaten z. B. kleinere Umweltprojekte selbst genehmigen und ihnen dadurch zu einem schnelleren Start verhelfen.

- **Großprojekte können jetzt über mehrere Programme finanziert werden.**

So kann z. B. der Bau eines langen Autobahnabschnitts, der durch mehrere Regionen führt, nun über mehrere Regionalprogramme kofinanziert werden; nach den bislang geltenden Regeln war dies nicht möglich.

- **Stärkere Nutzung von Finanzierungstechniken**

Zur Förderung von Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien können spezielle Instrumente eingerichtet werden.

- **Lockerung der Verpflichtung, Investitionen über einen Zeitraum von fünf Jahren aufrechtzuerhalten**

Diese Bestimmungen werden in Zukunft nur für bestimmte Projekte gelten, wie z. B. Projekte in den Bereichen Infrastruktur und produktive Investitionen. Auf Unternehmen, die ungewollt zahlungsunfähig werden, finden die Bestimmungen keine Anwendung.

- **Vereinfachung der Regeln im Bezug auf sogenannte „einnahmenschaffende“ Projekte (z. B. gebührenpflichtige Autobahnen oder Projekte, die die Verpachtung oder den Verkauf von Land einschließen).**

Um den Verwaltungsaufwand der Mitgliedstaaten zu verringern, werden die Einnahmen nur noch bis zum Abschluss des betreffenden Programms überwacht.

- **Zusätzliche Vorauszahlungen in Höhe von 775 Mio. €**

(4 % aus dem ESF und 2 % aus dem Kohäsionsfonds) an Mitgliedstaaten, die ein Darlehen im Rahmen des IWF-Programms zur Stützung der Zahlungsbilanz erhalten haben oder deren BIP um mehr als 10 % gesunken ist. Konkret betrifft dies Estland, Lettland, Litauen, Ungarn und Rumänien.

- **Aufschub der Aufhebung der Mittelbindung nach der „n+2“-Regel**

Gemäß dieser Regel würden Mittel, die 2007 zugeteilt und nicht bis Ende 2009 ausgegeben wurden, automatisch in den EU-Haushalt zurückfließen. Die Änderungen ermöglichen es, die Mittelzusagen aus dem Jahr 2007 über einen längeren Zeitraum zu verwenden.

Neben diesen Änderungen wurde seit Beginn der Krise im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms bereits eine Vielzahl von Initiativen ergriffen.

WEITERE INFORMATIONEN:

http://ec.europa.eu/regional_policy/funds/recovery/



In jeder Ausgabe skizziert Panorama die Entwicklung von zwei Projekten aus Sicht der Projektverwalter. Wir befassen uns mit den Höhen und Tiefen von EFRE-geförderten Projekten nach dem Motto: Probleme erkennen und Lösungen gemeinsam nutzen.

PROJEKT 1

IM PROJEKT „LONGLIFE“

Fakten und Zahlen

Zwischen Januar 2009 und Januar 2012 werden rund 2,3 Mio. € in das Projekt „Longlife“ investiert.

Mehr als nur eine Formfrage

Im Juli dieses Jahres wird das Fundament für ein Prototyp-Gebäude gelegt, das vielleicht neue Standards für das Bauen von morgen setzen wird. Dieser neue ganz auf Energie- und Kosteneffizienz setzende Prototyp ist das Produkt von gebündeltem Fachwissen aus fünf Ländern des Ostseeraums.

Die Grundlage dieses neuen Gebäudeprototyps bildet eine 500 Seiten starke Vergleichsstudie der in Dänemark, Deutschland, Litauen, Polen und Russland gängigen Bauweisen. Dieses Modell soll eine nachhaltige und trotzdem erschwingliche Alternative für die Bauindustrie in aller Welt bieten.

„Die Zeit, die man für die Vorbereitung eines guten Projektantrags aufwendet, erspart man sich wieder bei der Durchführung (...) der Nutzen von Gesprächen mit den Partnern über die Aufgaben und Erwartungen ist nicht hoch genug einzuschätzen“, sagt Frau Kiefel.

Mit vereinten Kräften zum Erfolg

Die letzten Monate war das Projekt „Longlife“ mit dem Sammeln von Informationen und der Berichterstattung über den aktuellen Stand der technologischen Entwicklung, administrative Auflagen, Rechtsverfahren, Finanzperspektiven und demografische Erfordernisse der Bauwirtschaft in den einzelnen Projektländern beschäftigt.

Es wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede ausgemacht, um herauszufinden, wie genau bestimmte Bauausführungsverfahren optimiert und in der Folge harmonisiert werden können. Daraus sollen dann Leitlinien bezüglich Energieeffizienz, Nachhaltigkeit, Ressourcenoptimierung und geringe Lebenszykluskosten entstehen.

Von Leitlinien zu architektonischen Entwürfen

Im Sommersemester hat der Projektleiter und Dozent Klaus Rückert an der Technischen Universität Berlin und Josifas Parasonis an der Technischen Gediminas-Universität Vilnius eine Vorlesung gehalten. Im Rahmen dieser Vorlesungen soll ein Prototyp für ein nachhaltiges und energieeffizientes Wohnhaus entwickelt werden.



Fortschritte bei der Kommunikation

Ein Projekt mit einem so großen geographischen Aktionsradius erfordert natürlich auch ein hohes Maß an Kommunikation zwischen den Partnern. Maria-Ilona Kiefel erklärt, dass es mit dem bloßen Schreiben von E-Mails lange nicht getan ist.

„Nach unserem Ende Januar in Vilnius abgehaltenen Workshop haben wir beschlossen, regelmäßig Videokonferenzen abzuhalten. Dies hat sich als sehr nützlich erwiesen. Kontinuierliches Monitoring und vertrauensbildende Zusammenarbeit waren die Erfolgsfaktoren des Longlife-Projekts“, fügte sie hinzu.

Flexibilität angesichts der Krise

Es wurden zwar stetige Fortschritte erzielt, aber der Ausstieg von drei Partnern aufgrund der Finanzkrise hat dem Projekt doch zugesetzt. „Dies“, sagte Frau Kiefel, „war ein echter Tiefpunkt.“ Zur Erreichung der Ziele des Longlife-Projekts mussten bestimmte Aufgaben umorganisiert werden.

Longlife hat drei Partner in jedem der fünf teilnehmenden Länder: eine Universität, eine Verwaltungsbehörde und ein Unternehmen. Krisenbedingt sind ein Partner aus Deutschland und zwei aus Polen ausgestiegen.

Das Projekt hat im Juni in St. Petersburg seine internationale Halbzeit-Konferenz abgehalten. Die Partner schmiedeten dabei Pläne für die Zusammenarbeit mit ihren russischen Kollegen.

MEHR DAZU:

http://www.longlife-world.eu/home_en.html

In unserer nächsten Ausgabe gibt es dann wieder Neuigkeiten vom Musikpark sowie vom Gesundheitszentrum „NanoHealth“. In diesem Heft schauen wir, wie es zwei anderen Projekten ergeht – „Wettbewerbsfähige Gesundheitsdienste“ und „Longlife“.

PROJEKT 2

EINBLICK INS PROJEKT „WETTBEWERBSFÄHIGE GESUNDHEITSDIENSTE“

Fakten und Zahlen

Von Januar 2008 bis Ende 2010 wurde fast 1 Mio. € in das Projekt „Wettbewerbsfähige Gesundheitsdienste“ investiert.

Das Leben von Fernpatienten erleichtern

Nierenpatienten im hohen Norden sollten sich schon bald über kürzere Wartezeiten für einen Termin bei ihrem Facharzt freuen können und weniger ambulant behandelte Patienten werden die 320 km lange Reise zum Raigmore-Krankenhaus und zurück auf sich nehmen müssen. Bestimmte Untersuchungen für Patienten in Dialysebehandlung können jetzt ganz einfach über eine Videoverbindung durchgeführt werden. Dank des Projekts „Wettbewerbsfähige Gesundheitsdienste“ können mithilfe moderner Technik die Reise- und Wartezeiten verkürzt werden. Vor allem Patienten in den abgelegenen Gegenden Nordeuropas profitieren davon.

Die Projektkoordinatorin Minna Mäkiemi ist mit den erzielten Fortschritten zufrieden. „Wir testen eigentlich mehr Dienste als ursprünglich geplant“, sagt sie über das Projekt, das Finnland, Irland, Norwegen, Schweden und schottische Regionen in äußerster Randlage umfasst. In diesen Gebieten beträgt die Bevölkerungsdichte ca. 3,5 Einwohner pro km².

Weit über klassische Behandlung hinaus

Seit unserem letzten Projektbericht wurde vieles erreicht. Hier nur einige Beispiele der neuen Dienste, die sich mittlerweile etabliert haben.

Die Hauptabteilung für Nierenkrankheiten des Raigmore-Krankenhauses in Inverness ist jetzt über eine Videoleitung mit dem Allgemeinkrankenhaus Caithness in Wick (175 km entfernt) verbunden, um den immer zahlreicheren Caithness-Patienten mit Nierenleiden zu helfen. Auch die Krankenschwestern können die Verbindung nutzen, um mit Fachärzten die Behandlung ihrer Patienten zu besprechen.

Spezialisten aus dem Universitätskrankenhaus von Oulu behandeln Patienten mit Verletzungen und Beingeschwüren in einem telemedizinischen Zentrum über eine hochauflösende Videoverbindung. Diese Patienten können sich auch an Hautärzte, Fachärzte für plastische Chirurgie und Wundpfleger wenden. Und ihre Hauskrankenpfleger können sich wiederum mit den Wundpflegern austauschen. Dieser Dienst wird von den Patienten gut angenommen, denen jetzt die langen und zuweilen schmerzhaften Fahrten zum Krankenhaus oder Gesundheitszentrum erspart bleiben.

Moderne Gesundheitsversorgung erfordert moderne Mittel

Das Projekt hatte natürlich auch mit gewissen Hindernissen zu kämpfen, zum einen waren das technische Zwänge. M. Mäkiemi erklärt, dass die bestehende IT-Infrastruktur mit den neuen Diensten zuweilen an ihre Grenzen stößt. Beispielsweise beeinträchtigen in Schottland schmalbandige ISDN-Verbindungen die Klang- und Bildqualität. Wenn die medizinische Versorgung dann bei den Patienten zu Hause Einzug hält, ist ein schneller Breitbandanschluss vonnöten, was bei älteren Menschen jedoch nicht selbstverständlich ist.

Die Koordinierung multidisziplinärer Teams war ebenfalls eine Herausforderung. Am Projekt ist eine Reihe vielbeschäftigter Fachkräfte (Ärzte, Krankenpfleger, sonstige Arbeitskräfte im Gesundheitswesen, IKT- und Verwaltungspersonal) beteiligt, was die Terminfindung nicht gerade erleichtert. Die internationale Dimension kommt erschwerend hinzu. Der Informationsfluss zwischen Partnern, die sich nur zwei Mal jährlich treffen, muss einfach klappen.

Besonders befriedigend war für Minna Mäkiemi der Aspekt, Wissen auszutauschen und von den anderen Partnern zu lernen, sowie das durchgeführte Benchmarking. Die Internationalität war auch hilfreich, um den Erfolg und die Umsetzbarkeit der elektronischen Pilotdienste einzuschätzen, da ein Datenaustausch zwischen den Partnerländern erfolgt. Dies kann wiederum nützlich sein, um neue Dienste für die nördlichen Randgebiete weiterzuentwickeln.

Wenn Frau Mäkiemi jemandem in einer ähnlichen Situation einen Ratschlag geben würde, dann den, gemeinsam einen Umsetzungsplan auszuarbeiten, dem alle Seiten zustimmen, um volles Engagement bei der Erreichung aller gesteckten Ziele sicherzustellen. Die aktuelle Herausforderung ist es, den Weg für zukunftsfähige Dienste zu ebnen, die auch nach Ablauf des Projekts „Wettbewerbsfähige Gesundheitsdienste“ weiterbestehen.

MEHR DAZU:

www.ehealthservices.eu



REGIONEN FÜR DEN WIRTSCHAFTLICHEN WANDEL – AUFBAU EINES NACHHALTIGEN WACHSTUMS

Grünere Städte für Europa und nachhaltige Lösungen im Bereich von Energie und IKT waren die Hauptdiskussionsthemen auf der Jahreskonferenz der Initiative „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“ (20.-21. Mai 2010).

Die Konferenz blieb ihrer Rolle als Motor für Innovation und wirtschaftliche Erneuerung treu und hat sich diesmal damit befasst, wie durch gezielte Maßnahmen, verstärkte Zusammenarbeit und die Schaffung von politischem Konsens nachhaltiges Wachstum erzielt werden kann.

„Die Kohäsionspolitik ist prädestiniert dazu, einen Beitrag zur Erreichung der EU-Ziele für nachhaltiges Wachstum zu leisten“, sagte Umweltkommissar Janez Potočnik in seiner Grundsatzrede. Er erklärte ferner, dass sie den Boden für den Übergang zu einer ressourcen-effizienteren und damit wettbewerbsfähigeren und umweltverträglicheren Wirtschaft bereitet.

Die Konferenz trug durch die Organisation von Workshops, den Startschuss für lokale Aktionspläne, die Verleihung der RegioStars-Auszeichnungen für das Jahr 2010 sowie Möglichkeiten für Networking und den Austausch bewährter Verfahren ihren Teil zur Erreichung dieses Ziels bei.

Regionen in Aktion

In einer Reihe von Workshops wurden neue Perspektiven für kontroverse Themen eröffnet. Luc Soete vom Maastrichter Forschungs- und Ausbildungszentrum UNU-MERIT wies in seiner Rede hinsichtlich nachhaltiger IKT-Lösungen darauf hin, dass es zur Sicherstellung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum einer langfristig angelegten Forschungs- und Innovationspolitik bedarf. „Angesichts des in den kommenden Jahren auf den Haushalten der Mitgliedstaaten lastenden Drucks muss hier und jetzt auf die besondere Rolle und Verantwortung der europäischen Regierungen bezüglich eines langfristigen Engagements der öffentlichen Hand zur Förderung von Forschung und Innovation hingewiesen werden“, erklärte er.

Der Provinzialrat von Barcelona stellte im Rahmen der Diskussion über Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz in den Regionen und Städten ein Modellprojekt für die erfolgreiche Umsetzung der CO₂-Minderungsziele vor. Die Gemeinden haben durch die Ausarbeitung von Nachhaltigkeitsindikatoren und die Bereitstellung von Unterstützungsdiensten dazu beigetragen, das Umweltmanagement in der Region zu verbessern.

Der Workshop über grünere Städte drehte sich vor allem um die Bedeutung der Wiederbelebung städtischer Brachflächen und Nutzung belasteter Deponiestandorte für die Stadt- und Regionalentwicklung.

Aktionspläne für Fast-Track-Netzwerke

Im Rahmen der Konferenz wurde auch der Startschuss für lokale Aktionspläne der sogenannten Fast-Track-Netzwerke zu Themen wie Innovation, Nachhaltigkeit, Integration und sozialer Eingliederung gegeben. Einige der Fast-Track-Netzwerke berichteten über ihre praktischen Erfahrungen. Der Stadtrat von Turin stellte den lokalen Aktionsplan für das städtische Gesundheitsnetzwerk „Building Healthy Communities“ vor, das vor allem die sozialen Aspekte nachhaltigen Wachstums behandelt: Das Projekt zur Sensibilisierung für Gesundheitsfragen im urbanen Raum drängt auf koordinierte Maßnahmen unterschiedlicher Politikbereiche wie Umweltschutz, Soziales und Wirtschaft. Beispielsweise können gesundheitliche Probleme aufgrund sozialer Gefährdung nicht allein durch gesundheitspolitische Maßnahmen gelöst werden.



REGIOSTARS 2010: AUSZEICHNUNG INNOVATIVER IDEEN

Im Rahmen der Konferenz fand auch die feierliche Verleihung der RegioStars-Auszeichnungen an sechs innovative Projekte der Regionalförderungsprogramme statt. Gewinner sind u. a. die belgische „C-Mine“ für die Umwandlung eines ehemaligen Industriegebiets in einen Anziehungspunkt für Unternehmer wie auch Besucher, ein schwedisches Institut für Mikrofinanzierung, das Migrantinnen bei der Existenzgründung unterstützt, die litauische Allianz 'Langas į ateitį' für die Förderung der Nutzung von E-Diensten unter älteren, behinderten und in abgelegenen Gebieten lebenden Menschen, ein neues Unternehmensmodell für ambulante Patientenüberwachung in Deutschland, ein französisches Breitband-Internet-Projekt für dünn besiedelte Gebiete sowie das litauische Website-Projekt esparama.lt mit Informationen zur EU-Strukturförderung.

Erstmals wurden im Rahmen von RegioStars auch in zwei Kategorien CityStars-Auszeichnungen verliehen. Jährlich werden nun Projekte gewürdigt, die anderen Regionen als Vorbild dienen können.



Regionen gehen mit gutem Beispiel voran

Die Teilnehmenden hatten viele konkrete Beispiele für innovative und nachhaltige Lösungen vorzuweisen. Juan Alario von der EIB stellte ELENA (European Local Energy Assistance – Europäische Energiehilfe auf lokaler Ebene), eine Fazilität für technische Hilfe, vor, die Städte und Regionen bei der Vorbereitung nachhaltiger Energieprojekte für eine Finanzierung aus EIB-Mitteln unterstützt. Er erklärte, dass ELENA-Projekte so konzipiert sind, dass sie übertragbar sind und dadurch mithelfen, bewährte Verfahren zu verbreiten. ELENA wird über das Programm „Intelligente Energie – Europa“ finanziert und unterstützt Projekte in Bereichen wie nachhaltiges Bauen und umweltverträglicher Verkehr.

Die Rahmen des EFRE konfinanzierten Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz in der Tschechischen Republik haben zu einer Verringerung der Luftverschmutzung und CO₂-Emissionen, Betriebskosteneinsparungen für Firmen, der Schaffung grüner Arbeitsplätze wie auch einer gesünderen Umwelt geführt.

Andere Vorzeigeprojekte sind die Initiative PIKE für besseren Zugang zu elektronischen Behördendiensten und das Netz der 3B-Regionen für eine bessere Breitbandkommunikation, das den Abbau der digitalen Kluft zum Ziel hat.

Die Initiative Regionen für den wirtschaftlichen Wandel wurde 2006 ins Leben gerufen, um den Regionen ein Forum für die koordinierte und erfolgreiche Beeinflussung der Politik zu bieten. Sie wird im Rahmen der Programme INTERREG IVC und URBACT II finanziert.

MEHR DAZU:

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/sustainable-growth/home_en.cfm

Forum des Ausschusses der Regionen zum Thema Ausgrenzung

Die Strategie Europa 2020 mit ihrem Ziel eines „integrativen Wachstums“ und das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 haben die Themen Armut und soziale Ausgrenzung ins Zentrum der Öffentlichkeit gerückt. Vor diesem Hintergrund hat der Ausschuss der Regionen der EU am 8. Juni ein Forum über lokale und regionale Antworten auf Armut und soziale Ausgrenzung durchgeführt. Dabei sollten einige der zahlreichen Beispiele für konkrete Maßnahmen vor Ort vorgestellt werden, damit lokale Aktionen ihren Weg in die nationale und europäische Politik finden können. Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit und den Belastungen aufgrund der Wirtschaftskrise sind diese Initiativen wichtiger denn je.

Die drei Schwerpunktthemen der Konferenz waren: Lokale soziale Dienste für alle zugänglicher machen, Menschen bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen und Teilhabe der Bürger in städtischen und ländlichen Gebieten fördern. Lokale Projektleiter und andere regionale Akteure aus der gesamten EU haben ihre persönlichen Erfahrungen mit den vielen diesbezüglichen Maßnahmenkonzepten ausgetauscht. Gemeinsamer Schwerpunkt der vielen Beispiele für bewährte Verfahren waren die benachteiligten Bevölkerungsguppen wie in Armut lebende Kinder, Flüchtlinge und Asylsuchende, arbeitslose junge Menschen sowie behinderte oder obdachlose Menschen.

In der Abschlussitzung mahnten die Teilnehmenden ein besseres Verständnis der vielfältigen Bedürfnisse benachteiligter Menschen an und sprachen sich für einen Ansatz aus, der auf den individuellen Stärken – Begabungen, Interessen, Fähigkeiten und Qualifikationen – aufbaut. Dieses Konzept findet sich auch in vielen der erfolgreichen Projekte wieder, die insbesondere auf die Faktoren Enthusiasmus und Motivation sowie die Stärkung der Fähigkeiten der Menschen setzen, ihr eigenes Leben wieder in den Griff zu bekommen. Ein Projekt aus Schottland z. B. brachte es so auf den Punkt: „Nichts über uns ohne uns.“



TERMINE 2010/2011	VERANSTALTUNG	ORT
4.-7. Oktober 2010	OPEN DAYS – 8. Europäische Woche der Regionen und Städte www.opendays.europa.eu	Brüssel (BE)
13.-14. Oktober	Jahresforum für die EU-Ostseestrategie http://www.bsssc.com/news.asp?id=8657&pid=79&sid=79	Tallinn (EE)
November (noch zu bestätigen)	Integration der Roma: von der Datenerfassung und -auswertung zur faktengestützten Politik http://ec.europa.eu/regional_policy/	Brüssel (BE)
9. November	Mikrofinanzinstrumente http://ec.europa.eu/regional_policy/funds/2007/jjj/	Brüssel (BE)
16.-19. November	Espon-Woche (http://www.espon.eu/)	Lüttich (BE)
18.-19. November	Konferenz zu JESSICA und JEREMIE http://ec.europa.eu/regional_policy/funds/2007/jjj/	Brüssel (BE)
22.-23. November	Informelles Ministertreffen	Lüttich (BE)
30. November - 1. Dezember	Jahreskonferenz von URBACT http://urbact.eu/en/homepage-2/	Lüttich (BE)
2. Dezember	Städteforum	Lüttich (BE)
31. Januar - 1. Februar 2011	5. Kohäsionsforum	Brüssel (BE)
26.-27. Mai	Konferenz „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“ und Verleihung der RegioStars-Auszeichnungen	Brüssel (BE)

Weitere Hinweise zu diesen Veranstaltungen finden Sie auch in der Rubrik „Agenda“ unserer Info regio-Website:
http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/agenda/

Die Winterausgabe von Panorama wird den 5. Kohäsionsbericht, der Anfang November verabschiedet werden soll, näher unter die Lupe nehmen.

In einer der nächsten Ausgaben von Panorama möchten wir uns dann mit der Frage beschäftigen, wie die 2008 begonnene Wirtschaftskrise in zahlreichen europäischen Ländern und Regionen ungeachtet des jeweiligen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsstands Strukturschwächen zu Tage gefördert hat. Zudem werden die verschiedenen dank der europäischen Kohäsionspolitik zur Verfügung stehenden Lösungsmöglichkeiten bewertet. Panorama freut sich über Beiträge und Projektbeschreibungen zu diesem Thema.

2011 wird sich Panorama dem Thema der territorialen Zusammenarbeit widmen. Setzen Sie sich unter nachstehender Adresse mit uns in Verbindung, wenn Sie zu den hier angesprochenen Bereichen interessante Projekte vorstellen, Fragen stellen oder uns Ihre Ansicht zu diesem oder jedem anderen regionalpolitischen Thema mitteilen möchten:

regio-panorama@ec.europa.eu

ISSN 1608-3881

© Europäischen Union, 2010
Die Wiedergabe mit Quellenangabe ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik
Kommunikation, Information und Beziehungen zu den Drittländern
Raphaël Goulet
Avenue de Tervueren 41, B-1040 Brüssel
E-Mail: regio-info@ec.europa.eu
Internet: http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm

